



Wie frei ist der IGEL?

Alle Macht geht eigentlich vom Volk aus. Aber was ist, wenn das Volk schlecht informiert ist? Die moderne Medienwelt beeinflusst und kontrolliert uns immer stärker. Spitzelaffären, Privatisierung des Wissens, mediale Berieselung mit Botschaften - all dies trägt dazu bei, dass wir uns kaum noch entscheiden können, was wir nun glauben sollen. In der aktuellen Ausgabe befassen wir uns mit solchen Proble-

men: Wie steht es mit der Freiheit der Presse? Worin liegt die Zukunft des Internets? Wie beeinflusst uns die Werbung? All diese Fragen und viele mehr sollt ihr beantworten können, nachdem ihr die letzte Seite des IGELs umgeblättert habt. Aber nicht nur das: Aus aktuellem Anlass wird der Iran-Konflikt kommentiert, die Ortsgruppen berichten von ihren Aktionen zum 20. Jahrestag der Tschernobylkatastrophe, die

wieder gegründeten Landesarbeitskreise und der komplett neu gewählte Landesvorstand werden vorgestellt. Auch im IGEL wird die Vernetzung des junggrünen Nordens vorangetrieben: Die HamburgerInnen steuern zwei Seiten zu dieser Ausgabe bei. Und auch aus Bremen werden wir demnächst wieder kontinuierlich Beiträge erhalten.

Wir hoffen, dass euch unser Erstlingswerk gefällt - oder besser gesagt euer Werk, denn der IGEL wird von seinen Mitgliedern gemacht. Und um die einleitende Frage zu beantworten: Wir sind frei, wir sind unabhängig, und wir lassen uns von nichts und niemandem etwas sagen, weder von der Wirtschaft, noch vom Staat oder anderen Institutionen.

Eure Redaktion

Inhalt

Titel- Illusion Medienfreiheit

Medien in Italien	3
Ökonomisierung der Medien	4
Boulevardmedien	6
Alternativer Journalismus	7
Markus Beckedahl im Gespräch	8
Fernsehen	10
Marketing	11
Pressefreiheit	12
Jugendpresse	14
Kommunikationstechnologie	15

Tschernobyl

Rückblick	16
Gesundheitsauswirkungen	17
Aktionismus	18

Kommentar

Iran-Konflikt	20
---------------	----

Intern

GRÜNE JUGEND Hamburg	21
Green Identity	22
Landeskongress	23
Basisgruppenticker	24
LAK-Ticker	27
LaVo Vorstellung	28
LaVo Bericht	29
Adressen & Termine	30
Einladungen und Impressum	31

Was'n GJN?

GJN, das ist der Landesverband der GRÜNEN JUGEND in Niedersachsen. Bei uns sind Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 14 bis 28 Jahren politisch aktiv und stellen so einiges auf die Beine.

Als Jugendorganisation von Bündnis 90/Die Grünen wirken wir in und außerhalb der Partei, tragen junge Positionen in die Gesellschaft.

Die GJN ist ein links progressiver Jugendverband und orientiert sich an den Grundsätzen Ökologie, Basisdemokratie, Solidarität und Gewaltfreiheit.

Wir bündeln und vernetzen die Aktivitäten der Basisgruppen in Niedersachsen. Dazu gehören unsere Landesmitgliederversammlungen, Seminare, Workshops und gemeinsame Großaktionen.

Wenn auch Du all dies bewirken willst, dann komm zur GJN!



“Die ausländische Presse zeigt uns anders als es in Wahrheit ist.”*

Stellt euch einmal vor ihr seid mehrfacher Millionär, habt einen ganzen Stadtteil errichtet, der den Ruf eines Luxusviertels genießt, besitzt einen Fußballclub der in der ersten italienischen Liga spielt, könnt 150 Unternehmen euer Eigen nennen, kontrolliert die drei mächtigsten Privatfernsehsender und herrscht über ein Imperium aus Verlagen, Kinoketten, Fernsehkanälen, Bauunternehmen und Werbeagenturen

LENE ROBRA

Wisst ihr wer ihr seid? Silvio Berlusconi und Regierungschef Italiens. Das heißt, ihr wart es bis zum April diesen Jahres. Da half auch die Medienmaschinerie Berlusconis Unternehmensgruppe "Fininvest" nicht mehr. Obwohl die sich wirklich ins Zeug gelegt hatte. So nannte die ehemalige Chefredakteurin der Nachrichtensendungen des staatlichen Senders Radiotelevisione Italia (RAI) Daniela Tagliafico die immer drastischere "Berlusconisierung" ihrer Arbeit als einen entscheidenden Kündigungsgrund. Sie klagte über den manipulierenden Aufbau der Sendungen wie dem Polit-Panino. In dieser kommt zunächst die Regierung zu Wort, es folgt etwas Oppositionsberichterstattung und, besonders unter psychologischen Aspekten interessant, folgt zum Schluss wieder ein Beitrag der Regierung. Tagliafico blieb nicht die Einzige, die aufgrund zunehmender Einschränkung der Pressefreiheit kündigte.

Auch die Intendantin von RAI, Luzia Annunziata, schmiss ihren Job. Die "Grenzen des Anstands" waren für sie überschritten, nachdem Berlusconi bekannt gab, er würde sich nicht mit den Oppositionellen auseinandersetzen, da diese nur die Wahrheit verfälschten und ihn ständig angriffen, zudem belei-

digten "diese Figuren" ihn fast täglich. Annunziata legte vor ihrem Abgang Zahlen vor, die den Ernst der Lage verdeutlichen: Sie erzählte, dass Berlusconi ganze 335 Minuten der Nachrichtensendezeit eines Monats einnahm, dem damaligen EU-Kommissionspräsident und späteren Wahlkampfgegner Romano Prodi hingegen nur 90 Minuten eingeräumt wurden und die Oppositionsführer Fassino und Francesco Ru-



König Silvio Berlusconi auf seinem Thron

telli mit 52 bzw. 70 Minuten begnügen mussten. Berlusconi nutzt den staatlichen Fernsehsender zur Hofberichterstattung und verkennt die Kontroll-, Kritik- und Informationsfunktion der Medien völlig. Ist ja auch praktisch, so kann er seine Pamphlete viel besser unters Volk bringen. Und damit das auch klappt, lädt er sich mal eben selber zur Diskussionssendung ein, bringt lediglich seine Kultusministerin mit und bestellt einen regierungsfreundlichen Moderator. Ach ja, und sagt dem Parteichef der Linksdemokraten, also der Opposition, er solle doch bitte draußen bleiben. So geschehen bei der RAI-Diskussionssendung "Porta a Porta", bei der eine super Diskussion aufkommen konnte. 1993 wurde eine Reform des Senders vorgeschlagen, durch die

unparteiliche Fachleute die Verantwortung hätten übernehmen sollen. Dadurch wäre die Medienkontrolle beendet worden - ein klarer Machtverlust für die Regierung, die das Vorhaben verhinderte und weiterhin die Finanzierung und Verteilung der Führungspositionen des Senders in der Hand hat. Die ehemalige Moderatorin der Hauptnachrichten Lilly Gruber klagte, sie habe in den letzten zwanzig Jahren noch nie eine solche Gleichschaltung der Informationen erlebt.

Unter diesem Gesichtspunkt ist nicht verwunderlich, dass Italiens Presse nunmehr nur noch als "teilweise frei" bewertet wird. Berlusconis Wahlkampf glich zeitweise eher einer Werbekampagne für Waschmittel als einem Wahlkampf: Zur Europawahl versandte er seinerzeit sogar 35.000 SMS mit der Bitte um die Stimme. Seine Partei "Forza Italia" verlor damals 8 % gegenüber der Wahl von 2001: Berlusconi hat zwar die Kontrolle über die Medien, nicht aber über die öffentliche Meinung.

Indes bleibt natürlich schleierhaft, wie jemand, der 1994 wegen zahlreicher Skandale, darunter Bestechung, Bilanzfälschung und Geldwäsche (Es wird gemunkelt, dass das seinen Unternehmen zugrunde gelegte Geld seinen Ursprung in der Mafia hat), aus dem Amt gejagt wurde, 2001 von der Bevölkerung wiedergewählt werden konnte. Und gleich zu Beginn seiner Regierungszeit ein Gesetz auf den Weg bringen kann, welches Bilanzfälschung nicht mehr als Straftat bezeichnet.



Lena Robra, 19, engagiert sich in der GJ am Deister und hat gerade ihr Abitur bestanden.

*Silvio Berlusconi während des Meetings Azzurri nel mondo in Lugano, 24.10.2004





Die Wirtschaftspresse

Artikel 5 des Grundgesetzes schützt ausdrücklich die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film. Doch zunehmend droht die Unabhängigkeit der Presse zu Gunsten der Interessen der Wirtschaft auf der Strecke zu bleiben. Beispielhaft erläutert SPUNK-Redakteur Sven-Christian Kindler wie Unternehmen weitgehend unbemerkt Einfluss auf die Berichterstattung der Medien nehmen.

SVEN-CHRISTIAN KINDLER

"Die wesentlichen Träger der Manipulation und Anpassung des Menschen sind die Massenmedien", sagte einst Rudi Dutschke. Auch wenn diese Aussage überspitzt formuliert sein mag, veranschaulicht sie doch, welchen massiven Einfluss die Medien auf die Politik und Gesellschaft haben und dass Presseberichte nie losgelöst von den jeweiligen Interessen betrachtet werden können.

Denn einerseits ist die Unabhängigkeit der Presse einer der höchsten Grundsätze in einer pluralistischen, freiheitlichen Demokratie. Die freie Presse wirkt kontrollierend auf Politik und Wirtschaft ein und schafft durch eine sachbezogene und ausgewogene Berichterstattung die Möglichkeiten für die BürgerInnen, sich über aktuelle Geschehnisse zu informieren und an politischen und gesellschaftlichen Prozessen zu partizipieren. Doch andererseits sind Medienverlage auch gewinnorientierte Unternehmen, die ökonomisch motivierte Entscheidungen treffen müssen. So sind Werbeanzeigen und Sponsoring die wichtigste Einnah-

mequellen für Printmedien und private Fernsehsender. In den letzten Jahren wurde der Fokus in den Medien jedoch zunehmend einseitig nur auf betriebswirtschaftliche Aspekte gelegt. Durch die Konkurrenz der oft kostenlosen neuen Medien, eine lang anhaltende Anzeigenkrise im Zeitungsbereich, die immer noch schwache Konjunkturlage sowie die auch vor der Medienbranche nicht halt machende Ökonomisierung der Gesellschaft, wurde in den Medien auf eine einseitige Strategie der Kostenminimierung bzw. Gewinnmaximierung gesetzt. Dies musste zwangsläufig zu einer Beeinträchtigung des unabhängigen und investigativen Journalismus führen.

Berichterstattung für das Kapital

"Wir müssen wieder länger arbeiten!", "Deutschland ist pleite!", "Unsere Löhne sind zu hoch!", oder "Arbeit lohnt sich nicht mehr!". Jeden Tag werden in den Medien solche neoliberalen Botschaften verbreitet, die dabei oft nur einseitig Argumente der Unternehmensseite aufgreifen oder schlichtweg die Unwahrheit verbreiten. Das ist auch ein Ergebnis der Arbeit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), einer PR-Agentur der deutschen Wirtschaft, die erstmals im Oktober 2000 an die Öffentlichkeit trat. Ihr Jahresetat von rund 8,8 Millionen Euro wird durch den ArbeitgeberInnenverband Gesamtmetall bereitgestellt.¹ Mit einer äußerst vielfältigen und innovativen Öffentlichkeitsarbeit versucht die INSM über die Medien die öffentliche Meinung und darüber die Politik für einen radikalen Sozialabbau zu gewinnen. So setzt die Initiative ein-

erseits auf prominente BotschafterInnen, wie z.B. den Grünen Oswald Metzger, die bei bestimmten Themen für die INSM ihre Positionen in den Medien vertreten. Die INSM profitiert bei solcher PR vom Bekanntheitsgrad der BotschafterInnen und ihrer scheinbaren Unabhängigkeit, wobei die Medien auch nur in den seltensten Fällen über die Verbindungen der BotschafterInnen zur Initiative und der deutschen Wirtschaft aufklären.²

Auch über andere Methoden gelangt die INSM in die Presse und Öffentlichkeit. So kooperiert die INSM bei Veröffentlichungen offiziell mit einzelnen Zeitungen, wie bei einem gemeinsamen Artikel mit der *Welt* vom 2. April 2005 über "Die größten Jobvernichter der Bundesrepublik" oder bei selbst ins Leben gerufenen Events wie der Preisverleihung zum "Reformer des Jahres" (2004 INSM-Botschafter Friedrich Merz) und dem Pendant "Blockierer des Jahres" (2003 IG-Metall-Vorsitzender Jürgen Peters) mit der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*. Auch im öffentlich-rechtlichen Fernsehen wird die Zusammenarbeit mit der INSM geschätzt. Die BotschafterInnen der Initiative sind quasi Dauergäste bei Sabine Christiansen und eine dreiteilige Filmreihe von Günther Ederer über "Die Märchen von der sicheren Rente, dem gerechten Staat, und dem blühenden Arbeitsmarkt", bei der die INSM circa ein Drittel der Produktionskosten übernahm, wurde groß auf der ARD ausgestrahlt, wie der evangelische Pressedienst aufdeckte. Wie objektiv und ausgewogen die Medien bei Kooperationen mit der INSM arbeiten, dürfte klar sein. Lange Zeit fand in den Medien eine kritische Berichterstattung über die Arbeit, Interessen und Motive der INSM praktisch nicht statt. Kosten- und Zeitdruck erschweren die Möglichkeiten zur Recherche, andererseits sympathisierten viele Medien auch mit den Forderungen der Initiative und griffen deren PR-Angebote bereitwillig auf. In einer wissenschaftlichen Untersuchung analy-



¹ http://www.insm.de/Die_INSM.html

² <http://www.message-online.com/61/nuern.htm>

sierte Christian Nuernbergk von der Universität Münster anhand von Zeitungsartikeln und Pressemitteilungen der Initiative von September 2003 bis April 2004 die Medienberichterstattung über die INSM.³ Als Resultat konnte festgestellt werden, dass die Berichterstattung meistens einseitig und unkritisch war und die inhaltlichen Positionen der INSM häufig positiv dargestellt wurden. Die INSM wurde laut der Studie nur in rund 7 Prozent der Fälle als ArbeitgeberInneninitiative beschrieben. Das ist ganz im Sinne der INSM, die es durch geschickte PR-Arbeit geschafft hat sich als "überparteiliche Reformbewegung" darzustellen und die wahren Hintergründe ihrer Interessen lieber verschleiern möchte. Alternative Konzepte zu den neoliberalen Kernforderungen der INSM wurden laut der Studie nur in 25 Prozent der untersuchten Fälle aufgegriffen. Kenyesianische Nachfragepolitik, ArbeitnehmerInnenrechte, stärkere Besteuerung der Reichen: Wenn über die INSM berichtet wird, sind diese Themen anscheinend wenig relevant. Erschreckend, dass die PR-Angebote laut der Untersuchung häufig die einzige Informationsquelle für JournalistInnen darstellten. 57 Prozent Artikel waren ausschließlich auf die Öffentlichkeitsarbeit der INSM zurückzuführen. Auf eigene Recherche oder Nachforschungen wurde dabei verzichtet. Alles in allem sind die Ergebnisse der Studie ein voller Erfolg für die PR-Arbeit der INSM, zeigen sie doch auf eindrucksvolle Weise wie viel Einfluss die ArbeitgeberInneninitiative auf die deutsche Medienlandschaft hat.

Anzeigen machen gefügig

Doch nicht nur Lobbyorganisationen, auch Firmen nehmen ganz direkt Einfluss auf die Berichterstattung. Im August 2005 beschrieb eine Reporterin der *Badischen Neusten Nachrichten* (BNN) die ausbeuterischen Arbeitsbedingungen bei Lidl, woraufhin Bevollmächtigte des Lebensmitteldiscoun-

ters mit der Geschäftsleitung sprachen und auf die Bedeutung ihrer Anzeigen verwiesen, deren Ausmaß laut *BNN-InsiderInnen* 1,2 bis 1,4 Millionen Euro pro Jahr beträgt. Die Journalistin wurde danach fristlos entlassen. Nach massivem öffentlichem Protest nahm der Verlag diese Entscheidung wieder zurück.⁴

Immer ungenierter versuchen Firmen ihre Anzeigenmacht auszunutzen. 2000 stoppte VW für längere Zeit seine Anzeigen im *Stern*, 2001 nahm die Lufthansa die *Süddeutsche Zeitung* (SZ) vorübergehend aus dem Bordsortiment und 2004 schaltete Aldi gleich



Die alltägliche Manipulation: Der L'tur-Slogan "Nix wie weg" im Reisebüro der Fernsehserie *Marienhof*.

ein Jahr lang keine Anzeigen mehr in der *SZ*.⁵ Die Anlässe waren allesamt kritische Berichte über die jeweiligen Unternehmen. Viele Fälle geraten aber erst gar nicht an das Licht der Öffentlichkeit. Durch zunehmenden Kostendruck und die Abhängigkeit von Werbeeinnahmen hat der Zwang zur Selbstzensur bei JournalistInnen zugenommen. In einer Befragung der Universität Mainz bei RegionalzeitungsredakteurInnen im Jahr 2005 haben mehr als 80% der Befragten angegeben, dass bei ihrer Zeitung auf Interessen von AnzeigenkundInnen Rücksicht genommen wird und mehr als die Hälfte meinte, dass dieser Trend sich verschärfe.

Schleichwerbung in ganz Europa

"Mit ein bisschen Eigeninitiative werde ich schon irgendetwas finden!"

Wenn man was wirklich will, dann klappt das schon, früher oder später". Die arbeitssuchende Jenny macht sich selbst Mut, und zufälligerweise findet sie kurze Zeit später eine Anstellung bei einer Leiharbeitsfirma. Bezahlt wurden diese Szenen in der *ARD-Serie Marienhof* von der INSM. Auch andere Firmen und Organisationen, wie der Deutsche Apothekerverband, das Kinderhilfswerk World Vision, Teppichbodenhersteller oder der Reisediscounter L'tur sponserten heimlich die Inhalte in der Soap. Über zehn Jahre lang konnten Firmen ungehindert für sie gewinnbringende Geschichten unterbringen und die Dialoge zum Drehbuch schreiben lassen. Ein Medienskandal, der in diesem Ausmaß von Schleichwerbung bisher noch nicht vorgefallen war. Schleichwerbung ist bisher gesetzlich verboten, doch geht es nach den Plänen der EU-Kommission soll bald hemmungsloses Produkt-Placement gegen Nennung im Ab- oder Vorspann in audiovisuellen Medien erlaubt werden. Die Vermischung zwischen redaktionellem Teil und Werbung würde legalisiert und die Unabhängigkeit von JournalistInnen wäre weiter eingeschränkt. Begründet wird dieses Vorhaben mit der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Fernsehsender und Werbeindustrie.

Die aktuellen Entwicklungen in der Medienbranche machen eines deutlich: Wirtschaftsinteressen bestimmen immer mehr die journalistische Berichterstattung. Die durch das Grundgesetz garantierte Pressefreiheit verkommt zusehend zur schlechten Farce. Wenn es so weiter geht, werden wir bald zum Frühstück nur noch die neusten "*BDI-Nachrichten*" lesen können. Na dann, guten Morgen!



Sven-Christian Kinler, 21, studiert BWL, ist Redakteur beim SPUNK und freier Fachjournalist.

3 <http://www.message-online.com/61/nuern.htm>

4 Vgl. taz vom 28.9.2005

5 Vgl. zapp vom 15.2.2006 im NDR



Sex, Sekten und Sozialhilfe

Am 24. Juni 1952 erschien zum ersten Mal die *Bild*-Zeitung. Zu diesem Zeitpunkt hatte sie schon bereits 250.000 LeserInnen. Inzwischen sind es ca. 3,5 Mio. täglich verkaufte Exemplare. Damit werden 11,82 Mio. Menschen erreicht - ganze 14,4% der Bevölkerung in Deutschland. Die *Bild* ist somit die auflagenstärkste Zeitung Deutschlands. Sie erscheint jeweils von Montag bis Samstag durch den Axel-Springer-Verlag. Dieser gibt 150 Zeitungen und Zeitschriften in 32 Ländern heraus.

KATJA WEIDEN

Von Studierenden bis zum Lehrling. Wer liest die *Bild* und warum?

Hier läuft alles nach dem Motto: JedeR liest sie, aber keineR gibt es zu! Denn die *Bild* hat ein großes BekennerInnendefizit. Hauptsächlich wird sie von ArbeiterInnen und Angehörigen der Mittelschicht gelesen, aber von nur wenigen Studierenden oder AbiturientInnen. Die meisten LeserInnen befinden sich in Hamburg, die wenigsten in Bayern. Sie lesen die *Bild* wegen der Übersichtlichkeit, der kurzen Artikel und den vielen Bildern. Außerdem fühlen sie sich zugehörig durch die oft direkte Ansprache mit "wir", wie z.B. "Wir sind Papst".

Human-Interest versus Politik

In der *Bild* wird größtenteils über Human-Interest-Themen berichtet und kaum über Politik. Als Human-Interest gelten solche Themen, die besonders viele Menschen interessieren. Dazu gehören im sexuellen Bereich z.B. die Seitensprünge und Partnerschaften von Prominenten. Außerdem wird über emotionale Themen, Absurditäten und Themen zum Mitreden berichtet. Natürlich gehören auch Mör-

derInnen, Sexbesessene, SäufelInnen, Fernsehen, Autos und Bundesliga dazu. Und natürlich die tägliche Berichterstattung über soziale Schieflagen.

Beliebt sind Storys über Sozialhil-

gesetzten journalistischen Leitlinien und gegen den Pressekodex des Deutschen Presserats. 2004 bekam die *Bild* 12 Rügen - ein Drittel aller Rügen im Jahr 2004.



Die *Bild*-Zeitung: Seriös ist was anderes.

feempfängerInnen, die sich mit Staatsgeld ihr Leben unter Palmen finanzieren oder über die angeblich von den PolitikerInnen abgeflogenen Bonusmeilen.

Persönlichkeitsrechte, journalistische Ethik - wen interessiert das schon?

Die *Bild* anscheinend nicht. Es reicht schon ein Blick auf die Titelseite und die LeserInnen werden überhäuft mit angeblichen Skandalen und Affären. Von Joschka Fischer über Oskar Lafontaine zu Sabine Christiansen: Alle litten bereits unter den Rufmord- und Verleumdungs-Kampagnen der *Bild*. Fotos werden manipuliert, Sachverhalte verdreht usw. Mit einfachen Methoden werden wirksame Schäden angerichtet. Welche Intention die *Bild* damit verfolgt, bleibt unklar. Eindeutiger ist jedoch, dass sie politisch eher den Konservativen zugeordnet wird. Nicht selten verstößt die *Bild* gegen ihre selbst

Bild dir deine eigene Meinung

In der *Bild*-Zeitung finden viele Menschen aller sozialen Schichten eine Bestätigung für ihre jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Anschauungen. Die geschilderten Notlagen erwecken starke Identifikationsmöglichkeiten. Die Menschen fühlen sich verstanden. Doch bei einer Zeitung sollte es nicht darum gehen, die LeserInnen emotional anzusprechen, sondern in erster Linie sollten Nachrichten und Ereignisse objektiv dargestellt werden, um den LeserInnen die Möglichkeit zu einer eigenen, freien Meinungsbildung zu geben. Denn jedeR sollte eine eigene Meinung haben. Doch mit der *Bild* als Hauptinformationsquelle dürfte das schwierig werden.



Katja Weiden, 17, ist Schülerin und engagiert sich in der vor kurzem gegründeten GJ Emden.



Zeitung mal anders: die taz

"Und, was liest du so?" Taz. "Wie, echt? Aber das ist doch eher so'n Spaßblatt, oder? Wie informierst Du Dich denn sonst noch?" So oder ähnlich könnte sich eine Unterhaltung zwischen zwei Menschen anhören, die sich gerade erst kennen gelernt haben. Der taz haftet das Image eines Spaßblattes - wenn auch eines intellektuellen - an. Ob dies auch richtig ist, gilt es zu ergründen.

PATRICK DRENKSE

Die Gazette, die allgemein als taz-bekannt ist, hat den wohl simpelsten und gleichzeitig tiefgründigsten Namen im deutschen Pressebereich: *die tageszeitung*. Der Name an sich ist Programm: Keine Verkleidung, keine Augenwischerei. Aber ist sie denn nun wirklich einfach nur eine Tageszeitung, wie der Name denken machen könnte? Mitnichten! Die taz versucht das Unmögliche, nämlich eine unabhängige Zeitung in der gleichgeschalteten Mediengesellschaft zu bleiben. Unmöglich? 25 Jahre taz beweisen das Gegenteil.

Seit dem 17.4.1979 wird täglich über das Neueste aus Politik, "Wirtschaft und Umwelt", Kultur und vielen anderen Themenbereichen berichtet. Zusätzlich gibt es die Regionalteile *taz-Berlin*, *tazNord* (inkl. *tazHamburg*, *tazBremen*) und *tazNRW*. Monatlich erscheint zudem eine Beilage der *Le Monde Diplomatique*. Auch, dass sich die taz-Redaktion regelmäßig für einen Tag zur Ruhe setzt und andere ihre Zeitung schreiben lässt, zählt zu den Eigenheiten dieser Zeitung. So wie Ostern 2006, als eine "Verleger-taz" herauskam, an der die verschiedensten VerlegerInnen mitwirkten. Und letztes Jahr gab es die "Feindes taz". Sie wurde nur von politischen, ideologischen und anderen GegnerInnen der taz verfasst.

Allein dass in der taz die Bereiche Wirtschaft und Umwelt zu einem Themenkomplex zusammengefasst werden, ist bezeichnend für die Denkweise der Verantwortlichen. Die taz soll "einer konservativ-uniformierten Presse eine linke, laute, kritische Stimme entgegensetzen"¹. Konträr zu vielen anderen Zeitungen ist die taz stets bemüht, ihren LeserInnen ein angenehmes, unterhaltendes und doch höchst lehrreiches Informationsangebot zu bieten und den Schwerpunkt hierbei auf die politischen, kulturellen etc. Information bzw. Fakten und Diskussion zu setzen. Rubriken wie "die Wahrheit" oder "Verboten"², in denen täglich die skurrilsten Meldungen ins Komische gezogen werden, bieten eine angenehme Abwechslung zu der allgemeinen, stilisierten - und sterilisierten?! - Berichterstattung. Darüber hinaus hat die taz den Anspruch, ihren LeserInnen mehr zu bieten als nur Informationen. Oft neigt das Gesamtbild der Kommentare jedoch zu einer sehr vorgefertigten Meinung, die wenig Kritik zulässt. Dies kann auch durch objektive Berichte selten wett gemacht werden. Politische und finanzielle Unabhängigkeit (die ja nicht selten eng miteinander verbunden sind) sind wichtige Faktoren der taz'schen Redaktionsarbeit. Hier hilft die "taz Genossenschaft" mit ihren 6.800 Mitgliedern, die durch finanzielle Einlagen bereits über 6,5 Millionen Euro zusammengetragen haben und die Unabhängigkeit der taz si-



Berühmt für erfrischend andere Titelblätter

chern. GenossInn kann jedeR werden. (weitere Infos unter www.taz.de)

Dass auch die taz nicht ganz frei von allen gesellschaftlichen Vernetzungen ist, beweist eine Anekdote zum Logo der taz: Die Tatze (oder auch: Tazze). Roland Matticz, der das Logo erfand, beantragte kein Copyright. Dies holte die Firma Jack Wolfskin in den 1980ern nach - für ihre höchsteigenen Firmenzwecke. Einen Rechtsstreit verlor die taz 2002 mit der Folge, dass sie nicht völlig frei über das Logo verfügen darf. Auch wenn dies wie ein reguläres Gerichtsverfahren wirkt, ist es doch eine Tragödie für alle Open Source LiebhaberInnen.

Ein wenig Ideologie ist bei der taz natürlich auch dabei, doch dies stört den/die gemeineN GJlerIn ja nicht wenn es zum Beispiel darum geht, dass die taz als erstes deutsches Printmedium einen Artikel in Genderschreibweise (mit Binnen-I) verfasste.



Patrick Drenke ist in der Basisgruppe der GJ Hannover aktiv und hat auch schonmal ne Bild gekauft.



“Wissen demokratisieren”

Das Internet ist aus einer entwickelten Gesellschaft nicht mehr wegzudenken und auch privat verzichtet in den Industrieländern kaum noch jemand auf die Teilnahme am globalen Netzwerk. Markus Beckedahl ist Vorsitzender und Mitbegründer des "Netzwerkes Neue Medien" (NNM) und war von 2002-2003 Mitglied im Bundesvorstand der GRÜNEN JUGEND. IGEL-Koordinator Janko Marklein sprach mit ihm über die Möglichkeiten und Gefahren der immer komplexeren Medienwelt, die Potenziale von "Open Source" und über Ideen zur politischen Partizipation via Internet.

DER IGEL: Was genau habe ich mir unter "Neuen Medien" vorzustellen?

Markus Beckedahl: Die "Neuen Medien" sind vor allem durch die Digitalisierung und Vernetzung unserer Gesellschaft entstanden - das Internet ist das bekannteste Medium der "Neuen Medien". Die "Neuen Medien" lassen sich auch ganz einfach durch Ausschluss definieren: Sie sind eigentlich alles, was nicht den "klassischen" Medien wie Zeitungen, Bücher, Fernsehen und Radio entspricht. Gegenüber den klassischen kann in den neuen Medien jede und jeder Senden und Empfangen. "Neue Medien" beschreibt das, was die Informations- und Wissensgesellschaft ausmacht.

Welche Rolle spielt euer Netzwerk bei der Entwicklung dieser neuen Medien?

Das NNM ist Ende der Neunziger im Umfeld des Fachforums "Neue Medien" der GRÜNEN JUGEND entstanden und wollte zum Einen die Interessierten im grünen Umfeld vernetzen, und zum Anderen wollten wir einen Drehpunkt zwischen den NGOs in die-

sem Bereich und der Grünen Partei schaffen.

Seit der Gründung haben wir mehrere Kongresse und Tagungen veranstaltet - unter anderem zu Themen wie "Wem gehört das Wissen?" oder "Rüstungskontrolle im Cyberspace". Mittlerweile sind wir eigentlich selbst eine kleine eigenständige und unabhängige NGO, die Visionen für eine freie, offene und nachhaltige Wissensgesellschaft formuliert, Kampagnen durchführt und sich



Markus Beckedahl

aktiv in die politischen Diskussionen einmischt - und das mittlerweile seit sechs Jahren.

Ihr befasst euch zum Beispiel mit Freier Software und "Open Source". Was ist das für eine Technik und welche Potenziale beinhaltet sie?

"Open Source" stellt einen Paradigmenwechsel im Umgang mit Wissen dar: Im vergangenen Jahrhundert wurden Urheberrecht und Patente etabliert, diese Gesetze werden mehr und mehr verschärft - Open Source ist eine Gegenbewegung.

Das Prinzip von "Open Source" ist aber auch ein sehr altes: Wissen war, bevor es das Urheberrecht gab, immer frei

und offen; das Prinzip von Wissenschaft ist ja auch: Wissen entwickelt sich aus Wissen. Ohne Wissen, auf das wir aufbauen können, kann kein neues Wissen entwickelt werden. Je mehr Wissen vorhanden ist, desto besser können die Menschen damit arbeiten und neue Erkenntnisse entwickeln.

Leider geht die heutige Diskussion in eine falsche Richtung: Wissen wird zunehmend privatisiert. Es wird damit auch zunehmend monopolisiert, das hat zur Folge, dass nicht mehr alle Menschen Zugriff darauf haben. Durch Urheberrechte und durch Patente wird das Wissen der Öffentlichkeit entzogen, es geht mehr und mehr in den Besitz von Einzelpersonen oder Firmen über - eine Entwicklung, die den Interessen der Allgemeinheit zuwiderläuft. Und dabei gehört es zur klassischen Wissenstradition, dass man "auf den Schultern von Riesen steht", wie dieses Zitat, was Isaac Newton zugeschrieben wird, beschreibt.

Durch den Wandel zur Wissensgesellschaft, durch die Digitalisierung und Vernetzung, haben wir die Situation, dass es zum ersten Mal überhaupt möglich ist, Zugriff auf nahezu das gesamte Wissen der Menschheit zu haben. Und hier wird es paradox: Anstatt diese "Demokratisierung des Wissens" voranzutreiben, wird der Menschheit durch die Ideologie des so genannten "Geistigen Eigentums" immer mehr Wissen entzogen. Und ich bezweifle, dass diese Ideologie tatsächlich zu mehr Innovation führt.

"Open Source" ist ein Weg, Wissen langfristig und nachhaltig der Menschheit zu erhalten. "Open Source" ist sehr vielfältig: Die Einen meinen damit klassische "Freie Software", also das Prinzip, woraus Linux entstanden ist. Aber "Open Source" ist viel mehr, so beispielsweise auch die Wikipedia, wo viele Menschen freies Wissen in einer Community gemeinsam entwickeln,

dieses Wissen ist durch urheberrechtlich freie Lizenzen der Menschheit nachhaltig, also auch langfristig zugänglich.

Du hast dich, auch im Rahmen der "copy4freedom"-Kampagne der GRÜNEN JUGEND, aktiv gegen Softwarepatente gewendet. Was ist das Problem dabei, das jemand seine eigene Idee schützen möchte, um davon profitieren zu können?

Wir müssen da unterscheiden zwischen Patenten auf materielle Prozesse, wie z.B. auf Maschinen, wo sehr viel Geld investiert werden muss, um ganz neue Funktionalitäten in einer komple-



Die virtuelle Friedenstaube der copy4freedom-Kampagne. Mehr Infos unter www.copy4freedom.de

xen Maschine zu entwickeln. Dort können nur durch Patente die hohen Entwicklungskosten gedeckt werden, bzw. gesichert werden. Dagegen ist nichts einzuwenden. Patente auf Software sind aber "Patente auf Ideen". Wir wollen keine solchen Patente auf immaterielle Güter!

Der Unterschied lässt sich immer gut durch eine Mausefalle beschreiben: Mit einem normalen Patent würde eine ganz spezielle Mausefalle patentiert werden, also eine ganz spezielle Technologie, die dazu gemacht wurde, um eine ganz bestimmte Mausefalle herzustellen. Mit Softwarepatenten haben wir das Problem, dass die "Idee" einer

Mausefalle für 20 Jahre monopolisiert würde. Aber im gesamten Software- und IP-Bereich haben wir Innovationszyklen von weniger als zwei Jahren: Etwa alle eineinhalb Jahre kommt eine neue Technik heraus und die baut wiederum auf alten Technologien auf. Softwarepatente aber würden auf bestimmte "Ideen" ein zwanzigjähriges Monopol setzen.

In Amerika wird deutlich, wohin Softwarepatente führen: Dort nutzen große Firmen, die viele Anwälte haben, Softwarepatente, um kleine Wettbewerber, die neue innovative Ideen haben, vom dem Markt fernzuhalten. Softwarepatente dienen nicht dem Schutz der ErfinderInnen, sondern schützen die großen Firmen vor dem freien Wettbewerb.

Vielleicht ist es bisher nur eine Vision, aber inwiefern können die neuen Medien in Zukunft zur E-Demokratie, also zur Politik über das Internet, beitragen?

Das ist eine spannende Frage. Wir haben generell ein Problem mit klassischer BürgerInnenbeteiligung. Politik wird für die BürgerInnen relativ wenig transparent gemacht. Durch den Verzicht auf BürgerInnenbeteiligung über das Internet verpasst die Politik es zudem, zusätzliche Ressourcen, nämlich kreative und konstruktive Kritik anzunehmen und diese einzubinden in Entscheidungsprozesse. Die "Neuen Medien" bieten die Möglichkeit, viel mehr Partizipation an politischen Prozessen zu ermöglichen. Das kann sehr vielseitig sein, so ist ja zum einen wichtig, dass die Politik viel mehr Informationen über politische Abläufe und über Entscheidungsprozesse anbietet - aus Transparenzgründen.

Aber BürgerInnen können auch in politische Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Beispielsweise auf kommunaler Ebene durch Partizipationsprozesse, wie die Planung eines

neuen Marktplatzes. Diese kann im Internet diskutiert und abgebildet werden. Es greift dabei wieder das Prinzip der freien Wissensgesellschaft: Viele Menschen haben mehr Ideen und Vorschläge, wie ein Marktplatz gestaltet werden kann.

Wir glauben, dass solche neuen Modelle mit den Mitteln der elektronischen Demokratie helfen können, der Politikverdrossenheit etwas entgegenzuwirken und die BürgerInnen in einen neuen Dialog mit den PolitikerInnen zu bringen; und es so auch stärker zu ermöglichen, dass die PolitikerInnen sich den Meinungen der BürgerInnen öffnen.

Die neuen Medien machen es auf der anderen Seite ja auch möglich, dass diejenigen, die uns überwachen wollen, ein immer leichteres Spiel haben. Siehst du darin eine Gefahr?

Ja, ganz klar! Persönliche Daten in der Welt der Neuen Medien wecken vor Allem aktuell jede Menge Begehrlichkeiten bei SicherheitspolitikerInnen und großen Unternehmen. Das sehen wir in der ganzen Datenschutz- und Überwachungsfrage. Wir haben im Internet mittlerweile quasi eine Situation, als ob draußen in der Offline-Welt an jeder Ecke Kameras hängen würden. Eine flächendeckende Videoüberwachung in der Offline-Welt wäre wahrscheinlich immer noch nicht durchsetzbar gegenüber den BürgerInnen, aber im Internet ist sie eigentlich schon Realität. Schon jetzt wird quasi alles gespeichert. Mit wem kommuniziere ich? Auf welche Webseiten gehe ich? Die Provider sind neuerdings verpflichtet, für mindestens sechs Monate all diese Daten aufzuheben und den Sicherheitsbehörden Zugriff darauf zu geben. Das ist aus Datenschutzgründen absolut inakzeptabel und meiner Meinung nach verfassungswidrig. Die Privatsphäre der Menschen wird massiv verletzt. Wer sich an seinen Computer setzt und auf irgendeine Webseite surft, denkt doch nicht daran, dass



seine Datenspuren von irgendeiner Stelle aufgezeichnet werden. Aus diesen Daten lassen sich Dinge erkennen, die viele Menschen in ihrem ganzen Leben nicht über sich selbst herausfinden.

Wofür muss konkret in naher Zukunft gekämpft werden?

Die größten Kämpfe wird es um den Erhalt und die Entfaltung einer freien Digitalkultur geben. Die Frage ist, wie

lange es dauern wird, bis die Politik diesen Paradigmenwechsel versteht und weniger auf die BesitzstandswahrerInnen hört, die eigentlich nur im Eigeninteresse handeln, um ihre alten Oligopole und Monopole zu sichern.

Wir müssen uns stärker dafür einsetzen, dass Wissen nicht weiter verschlossen und privatisiert wird, sondern dafür, dass - im Interesse der Menschheit! - der Zugang zu Wissen

gefördert und gestärkt wird, damit sich mehr Innovation, Kreativität und kulturelle Teilhabe entfalten kann - lokal wie global.

Vielen Dank für das Gespräch!*



Janko Marklein, 18, Schüler, ist IGEL-Koordinator und ist in der Basisgruppe der GJ Hannover aktiv.

Macht Fernsehen dumm?

Von Barbara Salesch, GZSZ, und zu vielen Karotten - eine Kolumne über die Bedeutung des Fernsehens für Jugendliche.

Beim Frühstück läuft der Fernseher in der Küche, zur Ablenkung, einfach als Geräuschkulisse. Durch die sechs Stunden Schule wird sich gequält, zu Hause die Schultasche in die Ecke geschmissen und dann erstmal zur Entspannung aufs Sofa; zum Glück gibt es im Wohnzimmer auch einen Fernseher. Nun laufen gerade die Talkshows, zwar ein Auslaufmodell im momentanen Tagesprogramm, aber immer noch bestens dazu geeignet, sich über die Themen lustig zu machen und sich so richtig intelligent zu fühlen. Gleich im Anschluss kommen die Gerichtsshow, und danach gibt es sicher eine Soap, die einfach gesehen werden MUSS, um am nächsten Tag mitreden zu können. Danach kommt Besuch, um eine angenehme Atmosphäre zu schaffen, läuft nebenbei einer der Musiksender, denn auch im eigenen Zimmer haben fast alle Jungen und Mädchen einen eigenen Fernsehapparat. Abends dann noch eine Runde Erziehungsfernsehen zum Genießen und schon ist der Tag wieder vorübergegangen.

So, oder so ähnliche -zugegeben etwas extreme - Tagesabläufe, lassen die oben gestellte Frage zu einer scheinbar rhetorischen werden!

Fernsehen ist für viele Jugendliche zu einer wichtigen Freizeitbeschäftigung geworden. Daraus resultiert eine reduzierte körperliche Bewegung und die Kinder und Jugendlichen werden unbeweglicher und neigen zur Fettleibigkeit.

Lässt sich dem Fernsehen nicht auch etwas Positives abgewinnen? Kinder und Jugendliche erlernen ihre Allgemeinbildung neben der Schule hauptsächlich durch das Fernsehen. Es gibt eine Menge seriöser Nachrichten-



Fernseh-süchtige Konsumkinder

sendungen und informative Reportagen sowie Spielfilme mit z.B. geschichtlich relevantem Hintergrund. Bei so viel gebündelten Informationen kann auch ruhig mal eine Soap gesehen werden, die einfach gesehen werden MUSS.

Vor 30 Jahren ging das Gerücht herum, dass zu viel Lesen ungesund und

schlecht für die Kinder wäre. Dies ist mittlerweile natürlich überholt. Stattdessen gilt Fernsehen als böse und ungesund für die Entwicklung. Hier lässt sich einfach sagen, dass die Mischung entscheidend ist. Unbewusstes Fernsehen durch einen Fernseher, der in der Küche, z.B. beim Essen, dauernd läuft und für eine Dauerberieselung mit meist minderwertigen Sendungen sorgt, kann natürlich nicht befürwortet werden.

Doch wenn es hauptsächlich zur Informationsaufnahme, ab und zu zur Familiengeselligkeit und manchmal zur reinen Abwechslung gebraucht wird, ist das Fernsehen auf jeden Fall ein positiv einzuschätzendes Medium.

Fernsehen ist nur eine der vielen Informationsquellen, die unser modernes Leben begleiten. Nur der Umgang mit dem Medium Fernsehen kann es ‚schädlich‘ oder ‚nützlich‘ machen - exzessives Karottenessen ist auch schädlich für den Körper und macht dennoch aus einer Karotte kein gefährliches Gemüse! So lässt sich abschließend sagen:

Macht Fernsehen dumm? - Nein!

Macht Fernsehen schlau? - Nein!



Kea Müttel, 19, ist IGEL-Redakteurin und macht gerade ihr Abi. Außerdem ist sie in der GJ Leer aktiv.



Wie beeinflusst uns die Werbung?

Was fällt euch schneller ein, fünf Werbesprüche oder fünf Zitate aus der Literatur? Egal, ob im Fernsehen, im Radio, in der Zeitung oder im Internet - mensch wird täglich mit Werbung konfrontiert. Welche Strategien benutzt die Werbung und wie wirkt sich Werbung auf unser Konsumverhalten aus?

ANJA SALIGER

AIDA

1898 entwickelte Elmo Lewis das teilweise immer noch gültige Werbewirkungsmodell AIDA. Nach diesem Modell basiert die Werbewirkung auf einem vierstufigen Prozess. Zuerst wird die Aufmerksamkeit des/der Kunden/Kundin erregt (Attention), danach wird sein/ihr Interesse geweckt (Interest), was einen Besitzwunsch (Desire) auslöst und letztendlich zum Kauf des Produktes führt (Action). KritikerInnen des Modells argumentieren allerdings, dass es Zwischenstufen gebe oder einzelne Stufen manchmal wegfallen würden.

Mehr Schein als Sein

Werbebotschaften bleiben uns besser in Erinnerung, wenn sie in uns Emotionen wie Wohlbefinden, Lustgefühle, Ärger oder Wut hervorrufen. Schaut mensch sich Werbung beziehungsweise Produktgestaltung und Realität mal genauer an, so lassen sich häufig gravierende Unterschiede feststellen. Die lila Milka-Kuh graszt z.B. bei strahlendem Sonnenschein auf einer saftigen, grünen Almweide, während die zahlreichen schwarz-weißen Kühe, die tatsächlich die Milch für die Schokolade liefern unter ganz anderen Bedingungen leben: Massentierhaltung in dunklen Ställen ist die Regel, nicht die Ausnahme, hinzu kommt die Gabe von genmanipuliertem Futter. Die Idylle

der Milkawerbung soll die Unbedenklichkeit des Produktes vortäuschen und den Kunden somit zum Erwerb des Produktes veranlassen.

Marken statt Produkte

Während der größte Teil der Generation unserer Eltern noch Produkte gekauft hat, kauft die Mehrheit unserer Generation auf Grund von Werbung Marken. Durch Werbung geprägt beginnen Kinder bereits früh ein Markenbewusstsein zu entwickeln. Bereits für 46 % der Sechs- bis Zwölfjährigen ist es wichtig, dass auf ihrem Brot-aufstrich zum Beispiel "Nutella" steht, ebenfalls 46 % achten bei Eis auf die Marke und 42 % bei Getränken. Doch auch Erwachsene haben ein ausgeprägtes Markenbewusstsein. Bei Kunden, die an einem spezifischen Produkt interessiert sind, achten 59% auf die Marke, aber nur ein Drittel auf den Preis.

Was gibt es zu tun?

Wichtig ist, dass Deutschland auch endlich die seit dem 31. 7. 2005 gültige Richtlinie zum weitreichenden EU-Tabakwerbeverbot in nationales Recht umsetzt, anstatt vor dem europäischen Gerichtshof dagegen zu klagen. Außerdem sollten Kinder in der Schule für den Umgang mit Medien und Werbung sensibilisiert werden, damit sie beim Einkauf bewusste Entscheidungen treffen. Sinnvoll sind auch Kampagnen wie der Buy-Nothing-Day, an dem sich die



Verbrauchenden durch einen Tag ohne Konsum über ihr Konsumverhalten und damit auch den Einfluss der Medien bewusst werden. Werbung kann auch als Chance gesehen werden über Produkte informiert zu werden - ob wir uns von Werbung beeinflussen lassen, ist schließlich immer noch unsere eigene Entscheidung! Und um noch einmal auf Zitate zurückzukommen: Laut Peter Sellers ist Werbung "die Kunst, auf den Unterleib zu zielen und die Brieftasche zu treffen."



Anja Saliger, 19, ist aktiv in der Basisgruppe der GJ Braunschweig und reist gerade durch Kanada.



Wie frei ist die Presse wirklich?



Noch im Konflikt um die Mohammed-Karikaturen stand die Pressefreiheit hierzulande ganz hoch im Kurs. Doch wie ernst meinen wir es im ach so aufgeklärten Europa wirklich mit der Pressefreiheit? Ein Blick hinter die Kulissen journalistischer Unabhängigkeit lässt einen Angst und Bange werden.

JAN PHILIPP ALBRECHT

Mit beachtlicher Empörung haben sich Anfang des Jahres viele meist konservative PolitikerInnen gegen jegliche Entschuldigung des *Jylands Posten* für die veröffentlichten Mohammed-Karikaturen geäußert. Ob eine gleiche Reaktion auch gekommen wäre, wenn eine arabische Zeitung auf gleiche Weise den Papst dargestellt hätte, mag dahin gestellt sein. Doch auch ich war und bin der Ansicht, dass Pressefreiheit unabdingbar ist. Wobei Pressefreiheit nicht Hirnlosigkeit, sondern vor allem auch Verantwortung bedeutet. Als eines der höchsten Verfassungsgüter müsste sie vielmehr auf einem ganz an-

deren Niveau diskutiert werden. Eine Mitgliederbefragung der IG Medien unter Zeitungsjournalisten hat schon vor zehn Jahren ergeben, dass sich drei Viertel der Redakteure Eingriffen von Verlegern ausgesetzt sehen, weit über die Hälfte außerdem aggressiver Einflussnahmen durch InserentInnen, Verbände und PolitikerInnen. (Markt-)kritische Texte werden in den meisten Redaktionen nicht gern gesehen, da die Verlage sich ihren WerbekundInnen verpflichtet fühlen. InserentInnen wählen ihre Werbeflächen oftmals nach Gesinnung des Blattes und schwingen sich somit zum eigentlichen Zensor auf. Aber auch dem Staate sind kritische BerichterstellerInnen oft ein Dorn im Auge und werden nicht zuletzt auch demonstrativ eingeschüchtert. Die Fälle von polizeilichen Durchsuchungen bei JournalistInnen, die Beschlagnahmen ihres Materials und das Ausspähen ihrer Telefonkontakte nehmen deutlich zu. Und nun ist auch das klar, was jahrelang vermutet wurde: Selbst die Bespitzelung kritischer

JournalistInnen durch den BND, wie die von Jo Angerer, Redakteur beim ARD-Magazin *Monitor*, ist offensichtlich die Regel.

Kriminalisierung der Recherche

Nach Artikel 5 des Grundgesetzes wird die Meinungs- und Pressefreiheit gewährleistet. Auf demselben Artikel beruht auch der so genannte InformantInnenschutz. In der Konsequenz bedeutet dies eigentlich, dass die jeweilige journalistische Quelle geschützt ist und die JournalistInnen diesbezüglich einen gesetzlich verbrieften Anspruch auf Zeugnisverweigerungsrecht nach § 53 der Strafprozessordnung haben. Selbst die Abfrage von Telefonverbindungsdaten ist hiernach nur unter definierten Voraussetzungen gestattet. So weit zur rechtlichen Theorie. Was aber, wenn ein JournalistIn ein wenig mehr zu wissen scheint als andere, zudem noch durchaus brisante Informationen? Weil angeblich immer wieder interne Informationen der Polizei in der *Wolfsburger Allgemeinen Zeitung*

(WAZ) zu lesen waren, verdächtigte die Polizei ihre eigenen BeamtInnen des Verrats von Dienstgeheimnissen und WAZ-Redakteure der Bestechung. Für die anschließenden Ermittlungen in den Jahren 2003 und 2004 wurden neben der Zentralnummer der WAZ auch Handys und Diensttelefone angezapft. Bereits zuvor waren Wohn- und Redaktionsräume eines Journalisten des Magazins *Cicero* überwacht und durchsucht worden. Dieser hatte aus Papieren des Bundeskriminalamtes zitiert. Eine endgültige gerichtliche Klärung des Falls steht noch aus, wobei das Landgericht Potsdam bereits die Rechtswidrigkeit der Telefonüberwachung festgestellt hat.* Noch im Mai 2005 wurde die dienstliche und private Telefonnummer eines Redakteurs der *Dresdner Morgenpost* überwacht, weil auch seinen Veröffentlichungen die Herausgabe interner Informationen vorausgegangen und der Tippgeber auf diese Weise überführt werden soll. Dass dabei allerdings massiv die Pressefreiheit verletzt wird, wie es Journalistenverbände und DatenschützerInnen immer wieder hervorheben, ist den Behörden vollkommen egal. Eine journalistische und investigative Recherche wird zunehmend unmöglich gemacht. Der Mitte Mai im Kontrollausschuss vorgestellte BND-Bericht lässt an dieser Tendenz keinen Zweifel mehr: Der ehemalige Bundesrichter Gerhard Schäfer hatte als Sonderermittler zur Kontrolle der Geheimdienste festgestellt, dass die Praktiken des BND unverhältnismäßig und meistens eindeutig rechtswidrig seien. Der ehemalige BND-Chef August Hanning hatte bereits öffentlich zugegeben, dass seine Behörde 1993 und 1994 JournalistInnen bespitzelt hatte, um undichte Stellen im eigenen Apparat aufzudecken. Neu an dem Bericht ist vor allem die Qualität der Ausforschungen. So habe der BND bis ins Jahr 2005 Informationen von angeheuerten JournalistInnen angenommen, die gegen Bares Infos über die Arbeit ihrer KollegInnen an den BND lieferten. An einen *Focus*-

Redakteur liefen hiernach etwa 600.000 Euro. Zudem wurde bei einer Überprüfung des Telefonanschlusses des BND-kritischen Buchautors Erich Schmidt-Eenboom festgestellt, dass Telefon- und Faxdaten an unbekannte Adressaten abgeflossen sind. Dabei ist vor allem die Telefonüberwachung von JournalistInnen durch den Geheimdienst fern jeglicher Rechtmäßigkeit. In Anbetracht solcher Stasi-Methoden sind starke Zweifel an der auch so geachteten Pressefreiheit angebracht. Der Fall des BND-Berichts zeigt klar und deutlich, wie notwendig eine enorm verstärkte Kontrolle und Transparenz der Geheimdiensttätigkeiten sowie eine Stärkung der Abwehrrechte von JournalistInnen ist. Der zunehmende Entzug der Geheimdienste von parlamentarischem Kontrolleinfluss muss endlich gestoppt werden.

Europa macht's nicht besser

Aber nicht nur der BND, sondern auch die Europäischen Sicherheitsbehörden stellen offenbar eine Gefahr für die freie Presse dar. Als der Brüsseler *Stern*-Korrespondent Hans-Martin Tillack am 19. März 2004 frühmorgens die Tür seiner Brüsseler Wohnung öffnet, stehen sechs Beamte der belgischen Bundespolizei mit einem Durchsuchungsbefehl vor ihm. Im Auftrag des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung, genannt OLAF, beschlagnahmen die Polizisten Unterlagen, Kontoauszüge, den Computer, die Handys und das Adressbuch des Journalisten. Vorwurf: Der für seine investigativen Geschichten bekannte Journalist habe einen EU-Beamten geschmiert, um vertrauliche Papiere zu bekommen. Im Februar und März 2002 hatte Tillack im *Stern* zwei Artikel über ein brisantes Dossier des niederländischen EU-Kommissionsbeamten Paul van Buitenen veröffentlicht, das schwere Missstände in der Brüsseler Politik und Verwaltung auflistete. Auf eine bislang nie verifizierte Aussage eines früheren *Stern*-Redakteurs hin erhob die EU-Kommission Strafanzeige

wegen des Verdachts auf "Begehung einer Korruptionsstraftat". Selbst zwei Jahre später hat OLAF keine handfesten Beweise in der Hand und rätselt sogar, ob es sich bei der angeblichen Schmiergeldzahlung um 8.000 D-Mark oder Euro handelte. Mittlerweile wird immer deutlicher, dass die Polizeirazzia weniger zur Betrugsbekämpfung als zur Offenlegung von Tillacks Informationsquellen gedient habe. Offensichtlich versuchen die EU-Institutionen vehement ungünstige Presse über eigenes Missmanagement zu verhindern. "Das Material, welches ich damals gesammelt habe, wäre Sprengstoff für die Ära Prodi gewesen", sagt Tillack und befürchtet, dass nicht nur seine Arbeit, sondern das Prinzip des unabhängigen Journalismus generell gefährdet sei, sollte die auf reinen Vermutungen basierende Vorgehensweise von OLAF akzeptiert werden. Noch ist das vom *Stern* geführte Verfahren beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg anhängig. Nach Ansicht des Magazins hat die Behörde durch die Akten-Beschlagnahme bei Tillack gegen Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtscharta verstoßen, der den Schutz von journalistischen Quellen umfasst. Dass die EU mit allen Mitteln an ihrer Außendarstellung arbeitet, ist längst bekannt: Damit die Berichterstattung über die Arbeit des Europäischen Parlaments möglichst positiv ausfällt, finanziert das Parlament seit Jahren reihenweise Flüge, Verpflegung und Unterkünfte für JournalistInnen. Ob diese Einflussnahme den Nebel über Brüssel nicht eher verdichtet als lichtet? Vielleicht sollten wir viel mehr als das Zurückweichen der freien Presse vor anderen Wertvorstellungen ihr Zurückweichen vor Macht und Kapital beklagen. Hier haben wir definitiv einigen Nachholbedarf.



Jan Philipp Albrecht, 23, ist Koordinator des Fachforums Demokratie & Recht der GRÜNEN JUGEND.

* Anfrage der Grünen Bundestagsfraktion zum Fall Cicero mit Antworten gibt es unter <http://dip.bundestag.de/btd/16/000/1600064.pdf>





Junger Journalismus

"Die Junge Presse Niedersachsen e.V. (JPN) ist ein Zusammenschluss jugendeigener, nicht-kommerzieller Medien in Niedersachsen. Um sich gegenseitig zu unterstützen und zu helfen, haben sich vom Schulradio über SchülerInnen- und StudentInnenzeitungen bis hin zu Online-Magazinen und Videogruppen zahlreiche Redaktionen in der JPN zusammengetan. Was uns verbindet, ist der Wunsch, über spannende Themen zu berichten, zu filmen, Radio zu produzieren - eben journalistisch tätig zu sein. Klar, dass dabei Probleme auftauchen können: Häufig fehlt Geld, Wissen und vor allem die Gewissheit, nicht allein dazustehen."*

Da der IGEL Mitglied in der JPN ist, nahm Koordinatorin Wiebke Clark am Aktiventreffen teil, bei dem an drei Tagen in lockerer Atmosphäre die Aktionen für das nächste halbe Jahr geplant wurden. Am Rande des Treffens interviewte Wiebke Mareike Engels: Sie ist 17 Jahre alt, besucht das Teletta-Groß-Gymnasium in Leer und hat im journalistischen Bereich schon einiges auf die Beine gestellt. Nach ihrem Eintritt in die JPN wurde Mareike innerhalb kürzester Zeit in den Vorstand gewählt. Ihre Aufgaben sind die Planung von Seminaren sowie die Vernetzung mit der Jugendpresse Deutschland.

DER IGEL: Was plant ihr denn im

Moment für die jungen, an Journalismus interessierten Menschen?

Wiebke Mareike Engels: Viel! Und vor allem bieten wir ziemlich unterschiedliche Dinge an. Demnächst steht das Jugendmediencamp (JMC) in Anklam bei Osnabrück an. Es findet vom 2. bis 6. Juni statt. Dort gibt es die Möglichkeit, verschiedene Workshops zu belegen, wie z.B. Zeitung, Radio, Online-Journalismus und Poetry Slam. Das Camp ist unser Event. Alle, die etwas mit der JPN zu tun haben, sind dort und man hat ne Menge Spaß. Außerdem fahren einige von uns in diesem Sommer nach Sarajevo auf eine Reportagefahrt. Dort recherchieren wir die Geschichte der Stadt und die Geschichte des Balkans, im Vordergrund soll aber das kulturelle Leben im 21. Jahrhundert stehen. Wir wollen wissen: wie lebt es sich zehn Jahre nach dem Krieg? Ein weiteres Highlight des ersten Halbjahres 2006 ist auf jeden Fall das Hurricane-Festival, bei dem wir eine Onlineredaktion machen. Und dann haben wir auch noch Evergreens wie die Rechercheseminare.

Das Land Niedersachsen fördert die JPN auch, indem sie in Budget für eine Bildungsreferentin stellt. Diese teilen sich je mit einer halben Stelle Bianca und Silke. Was gehört denn eigentlich zu deren Aufgaben, wenn sie mal kein Aktiventreffen organisieren?

Silke und Bianca halten unser Büro am

Laufen. Niedersachsen ist ja ein großes Bundesland und daher ist es leider nur für wenige Aktive möglich, einfach mal ins Büro zu fahren. Wenn man also im Büro anruft, erreicht man Silke oder Bianca, und ab Sommer auch den FSJler. Aber Bildungsreferentinnen sind ja schon vom Namen her nicht für die Geschäfte, sondern für die Bildungsarbeit zuständig: Also für unsere Seminare. Die meisten Seminare werden von einer Bildungsreferentin gemacht, manchmal zusammen mit einem Aktiven. Das JMC oder die Jugendmedienakademie sind aber Projekte, die komplett von Aktiven organisiert werden.

Und wie ist die JPN sonst so strukturiert?

Wir sind verhältnismäßig basisdemokratisch aufgebaut für einen Verein. Du hast ja schon mitbekommen, dass wir sehr flache Hierarchien haben. Der Vorstand vertritt den Verein geschäftlich und rechtlich nach außen, aber auf Veranstaltungen wie dem Aktiventreffen haben wir auch keine anderen Rechte als du! Wobei es natürlich Themen gibt, die "intern" besprochen werden müssen, bei der Seminarplanung und Projekten haben aber alle etwas zu sagen, die mitmachen wollen.



Wiebke Clark, 20, ist IGEL-Koordinatorin und engagiert sich in der Grünen Jugend Peine.



Medientechnik, die die Welt nicht braucht?

Jedes Jahr werben neue technische Innovationen im Kommunikations- und Unterhaltungsbereich auf den Markt gebracht. Eine Sinn- und Nutzenrechnung über die aktuellsten Entwicklungen der Medientechnik.

MICHAEL ZIMMERMANN

Als kleiner Junge wollte ich unbedingt ein SEGA "GameGear" haben. Mit einem Steckmodul, das im Prinzip aus Antenne und Tuner bestand, konnte mesch aus dem Videospiel einen Fernseher für unterwegs machen. Ich fand die Vorstellung toll, immer und überall die Langeweile bekämpfen zu können, wenn auch nur auf den fünf Kanälen, die man mit der Antenne empfangen konnte. Leider habe ich kein "GameGear" bekommen. Wahrscheinlich hätte mich das eh schnell gelangweilt. Inzwischen ist SEGA pleite, und auch mein Fernsehkonsum hält sich in Grenzen. Der mobile Empfang von Fernsehen hat sich jedoch in den letzten Jahren rasant weiterentwickelt und pünktlich zu dem Sport-Großereignis dieses Jahr ist es soweit: Deutschland testet das Handy-Fernsehen. DVB-H (Digital Video Broadcasting - Handhelds, zu deutsch Digitaler Videorundfunk für Handgeräte) wird auch in der WM-Stadt Hamburg getestet. Noch so eine Neuerung rund ums Fernsehen, die uns erwartet. Neben HDTV (High Definition TV, zu deutsch hochauflösendes Fernsehen), Triple-Play (Fernsehen, Internet und Telefonieren über eine Leitung) und DVB-T (Decoderbox) ist jetzt Fernsehen auf dem Handy die große Hoffnung der Elektronikkonzerne, sich neue Umsatzfelder zu erschließen. Mal im Ernst: Im Normalfall sieht niemand einen Unterschied zwischen hochauflösen-

dem Fernsehen und der bisherigen Technik, vor allem, weil es dafür ja noch gar keine entsprechenden Programminhalte gibt. Und außerdem reicht ja ein "HD - ready" - Fernseher noch nicht aus. Ohne den entsprechenden Decoder geht gar nichts! In Südkorea geht das Ganze soweit, dass die neuen Standards massiv gefördert werden, damit Samsung und Co. keine Umsatzeinbrüche erleiden. Dort ist auch DMB (Digital Multimedia Broadcasting) ganz groß im Kommen, ein Konkurrenzformat zu DVB-H, das in Deutschland zwar auch gefördert



Mit dem Handy surfen, fernsehen und MP3 hören.

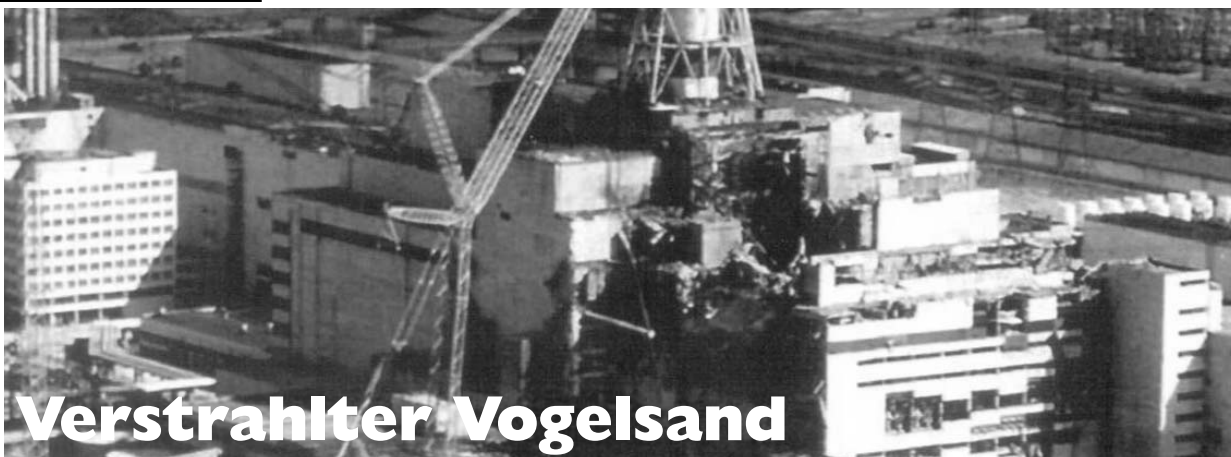
wird, aber weniger populär ist. Ab Juni kann mesch in Hamburg und anderen Ballungsgebieten bis zu 30 Kanäle mobil empfangen. Die Hamburger Anstalt für Neue Medien (HAM) möchte die Lizenzen an Plattformbetreiber vergeben, die "ein möglichst vielfältiges und attraktives Bouquet mit öffentlich-rechtlichen und privaten TV- und Ra-

dioprogrammen sowie weiteren Inhalten anbieten, die für den Empfang auf Mobilfunkgeräten bzw. kleinen mobilen TV-Empfangsgeräten geeignet sind." Am 3. Februar 2006 lief die Ausschreibung zu DVB-H aus. Als Plattformbetreiber haben sich sieben Firmen beworben, darunter alle vier Mobilfunkbetreiber und T-Systems. Als Dienstleister haben sich vierzehn Firmen mit insgesamt 24 Programmen beworben, unter anderem alle großen privaten und die öffentlich-rechtlichen Sender. Im Klartext kann mensch also bald auch im Bus "Verliebt in Berlin" gucken. Wahrscheinlich wird das Ganze auch Geld kosten: Zusätzlich zur GEZ-Gebühr, die dann ja auch bald eingeführt wird, soll man nämlich für das Programmpaket eine Art Abo abschließen. Da stellt sich die Frage, wozu man dafür bezahlen soll, unscharfe Sendungen auf einem kleinen Display anzuschauen, wo man sich das Gleiche doch auch zu Hause reinziehen kann. Klar ist es manchmal vielleicht praktisch, die Möglichkeit zu haben, ein wichtiges Fußballspiel unterwegs zu sehen, wenn mensch absolut nicht zu Hause sein kann. Oder sich aktuell zu informieren, wenn irgendwo auf der Welt etwas Großes passiert ist. Aber ob das einen Mehrwert darstellt, für den die UserInnen freiwillig Geld abdrücken, wage ich zu bezweifeln. Ich erwarte jedenfalls keine vermehrten Fälle von Leuten, die gegen Laternenpfähle laufen, weil sie nur Augen für "Wer wird Millionär?" auf ihrem Handydisplay haben.



Michael Zimmermann, 23, studiert Skandinavistik, Journalistik sowie Soziologie in Hamburg.





Verstrahlter Vogelsand

Eine Rückblende und eine Erläuterung der heutigen politischen Situation zur Atomkraft anlässlich der 20. Jährung des Tschernobyl-GAUs.

Theresa Twickler

Am 26. April 1986 in Tschernobyl...

explodiert der 4. Reaktorblock des Atomkraftwerks an der ukrainisch-weißrussischen Grenze. Durch die Wucht der Explosion wird 100- bis 400-mal so viel Radioaktivität freigesetzt, wie durch die Atombombe auf Hiroshima.

Mehrere Millionen Menschen sind diesen Strahlendosen ausgesetzt. 20.000 bis 70.000 von ihnen sterben daran. Und insgesamt 5 Millionen Menschen leben seitdem auf verseuchtem Grund und Boden in der Ukraine, Weißrussland und Tschechien.

Doch mit der Regenwolke aus Tschernobyl kam die Strahlung auch zu uns und dem Rest der Welt. Auch bei uns waren die Sandkästen sowie öffentliche Anlagen in vielen Orten wegen gefürchteter Auswirkungen des radioaktiven Niederschlags gesperrt.

Und heute : Um auf die damals hinterlassenen Spuren hinzuweisen, wurden in der Nacht zum 20. Jahrestag des Reaktorunglücks von Tschernobyl in zahlreichen Städten Schilder in den Sand gestellt. "RADIOAKTIVITÄT - SPIELEN VERBOTEN" stand darauf.

Am 26. April 2006 in Niedersachsen...

sperren unter anderem AktivistInnen des Jugendumweltnetzwerks JANUN e.V. im Rahmen des 20. Jahrestages der Tschernobylkatastrophe "radioaktiv belastete" Spielplätze ab. Gelbe Schilder mit den GROßEN LETTERN kennzeichnen in jener Nacht Spielplätze in Hameln, Lüneburg, Melle bei Osnabrück, Wennigsen, Kassel. Und allein in Hannover standen sie an über 50 Stellen!

Eine JANUN-Aktivistin erzählt

Einige Eltern mögen mit ihren Kindern vielleicht ratlos vor dem Spielplatz gestanden haben. Bei genauerem Hinsehen wurde jedoch bald klar, was die Aktion bewirken sollte: Die Gefährdung durch Atomkraft ist auch 20 Jahre nach dem GAU in Deutschland allgegenwärtig. Nicht nur wegen der anhaltenden gesundheitsschädlichen Folgen des Niederschlags. Sondern auch durch die 142 im Jahr 2004 registrierten Störfälle bei der zivilen Nutzung der Atomenergie.¹ Die hiermit verbundenen, nicht kalkulierbaren Risiken sowie die nach wie vor nicht geklärte Entsorgungsfrage geben uns von JANUN Anlass, einen sofortigen Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie zu fordern. Doch eine zukunftssichere, nachhaltige Energieversorgung ist nur durch die öffentliche Förderung energiesparender Maßnahmen und regenerativer Energien zu erreichen.

Da das von CDU² und FDP regier-

te Land Niedersachsen ganz offensichtlich für Atomkraft wirbt, wollen wir in einer "Sympathiekampagne für Radioaktivität" kleine Portionen radioaktiven Gutes wie zum Beispiel Film-döschen mit "verstrahltem" Vogelsand verteilen. Anbei liegt der Beipackzettel mit Gebrauchsanweisung und Erklärung: "Die Endlagerung der abgebrannten Brennelemente wird überwiegend für Gorleben geplant. Um die Sympathiewerte der Bevölkerung für den friedlichen und sicheren Energielieferanten Uran zu erhöhen, wird darüber hinaus jedem Haushalt eine kleine, persönliche Menge radioaktiven Mülls geteilt. Sollte der Widerstand gegen das Endlager Gorleben wider Erwarten anhalten, wird diese um ein Vielfaches erhöht werden. Dazu ein paar Hinweise zur sicheren Aufbewahrung: Bitte unterrichten sie frühzeitig Ihre Nachkommen, denn Ihr persönlicher Atom-müll strahlt ca. 400 000 Jahre. Desweiteren lagern Sie den radioaktiven Müll bitte trocken und achten Sie darauf, dass er nicht per Windzug weiter verbreitet wird. Bei sachgemäßem Umgang ist in der Umgebung Ihres persönlichen Endlagers in nächster Zeit nicht mit Krebserkrankungen und genetischen Veränderungen zu rechnen."



Theresa Twickler, 19, macht gerade ein FÖJ bei JANUN und war von 2005-2006 im LaVo der GJN.



Adé, liebe Gesundheit!

Ein Artikel über die gesundheitlichen Folgen von Radionucleotiden im menschlichen Körper. Viele reden von Krebserkrankungen, Leukämie und Co. Aber wie entstehen diese Krankheiten eigentlich? Eine kurze wissenschaftliche Übersicht von Ann-Morla Meyer in Zusammenarbeit mit Dr. Gisela Nolte.

ANN-MORLA MEYER & DR. GISELA NOLTE

Die so oft erwähnten Radionucleotiden Jod 131, Cäsium 137, Strontium 90 und Plutonium 239 zählen zu den Isotopen, das heißt, ihre Struktur unterscheidet sich von der herkömmlicher Atome in der Anzahl der Neutronen. In der Regel haben Atome im Kern die gleiche Anzahl an Neutronen wie Protonen, um den Kern zu neutralisieren und so vor dem Zerfall zu bewahren. Im Kern der Isotope gibt es mehr Neutronen. Daraus folgt eine kürzere Lebenszeit der Isotope, sprich: sie zerfallen schneller. Es ist nicht möglich die genaue Zeit vorherzusagen, in der ein Atom zerfällt, deswegen wird eine Halbwertszeit näherungsweise ausgerechnet, zu der statistisch gesehen die Hälfte der betrachteten Menge Atome zerfallen ist. Zerfällt ein Isotop im menschlichen Körper, ruft es Schäden in den Zellen und der DNA hervor. Die Genveränderungen, die der Zerfall der Isotope verursacht, können zu Krebs sowie zu Missbildungen führen. So nahmen die Missbildungen bei Neugeborenen wie z.B. lebensbedrohliche Herzfehler, fehlende oder verkümmerte Gliedmaßen, Spaltbildungen im Mund- und Wirbelsäulenbereich und Defekte im Hirn-Nervensystem seit dem GAU zu!

Wirkung von Jod 131

Der Körper braucht Jod um das Schilddrüsenhormon Thyroxin zu bilden. Die Maßnahme Jodtabletten nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl

zu verteilen, beruht auf der Hoffnung, dass die Jodisotope von der Schilddrüse nicht aufgenommen würden, wenn dem Körper genügend unbelastetes Jod zur Verfügung steht. Jod 131 hat eine Halbwertszeit von sieben Tagen. Da die Jodtabletten aber nicht in ausreichender Zahl und nicht rechtzeitig verteilt wurden, stieg vor allem die Anzahl der Schilddrüsenkrebserkrankungen nach dem GAU. Besonders bei Kindern ist sie u.a. für den Aufbau der Immunabwehr wichtig; ältere Menschen sind nicht so stark betroffen, weil sich die Schilddrüse im Laufe des Lebens zurückbildet.

Wirkung von Cäsium 137

Im nächsten Jahrzehnt wird uns vor allem die Halbwertszeit von Cäsium zu schaffen machen. Sie beträgt nämlich 30 Jahre (1986+20...). Cäsium 137 wird vom Körper wie Kalium behandelt, schwimmt im Blut und gelangt so in alle Organe, wo es verschiedenste Krankheitsbilder hervorrufen kann.



Wirkung von Strontium 90

Strontium 90 wird vom Körper wie Calcium angesehen und dementsprechend in Zähne und Knochen eingebaut. Da aber in unserem Knochenmark (bone marrow) die Blutzellen einschließlich der für die Immunabwehr wichtigen B-Lymphozyten produziert werden, tritt als Folge der Dau-

erbestrahlung durch Strontium Blutarmut (Anämie) sowie Blutwucherung (Leukämie) auf. Letztere kann einzig durch eine Marktransplantation eines/einer geeigneten Spendenden mit möglichst ähnlichen Genen geheilt werden. Die nächsten Verwandten von Tschernobylopfern wohnen aber leider in der Regel ebenfalls in einer verstrahlten Gegend und so ist es schwierig bis unmöglich für sie gesunde, passende Spendende zu finden.

Wirkung von Plutonium

Plutonium 237 hat mit 24000 Jahren die höchste Halbwertszeit. Es ist stark toxisch, das heißt schon die Einnahme einer geringen Menge kann zum Tode führen. Die Einnahme von Radionucleotiden erfolgt oral. Also durch den Verzehr verseuchter Speisen oder durch die Atmung. In Weißrussland, dem vom GAU am stärksten betroffenen Land, gibt es immerhin Messgeräte, mit dem die selbst angebauten Lebensmittel der dort lebenden Menschen auf Verstrahlung untersucht werden können. Diese haben oftmals kein Geld, um sich Lebensmittel zu kaufen. Sie haben nur die Möglichkeit, durch geschickten Anbau der Pflanzen den Gehalt der Radionucleotiden zu verringern. Jede Pflanze nimmt ja nur bestimmte Stoffe auf (Eisen, Natrium, Kalium etc.), doch die Belastung mit Plutonium ist dadurch nicht komplett zu umgehen.

Und die Moral...?

Esst mehr gentechnisch veränderte Lebensmittel!! Möglicherweise können so DNA-Veränderungen abgewendet werden.



Ann-Morla Meyer, 17 Jahre alt, geht in Lüneburg zur Schule und ist Sprecherin der GJN.



Aktiv gegen Atomkraft!

Am 26. April 2006 fanden in ganz Niedersachsen Aktionen anlässlich der Katastrophe von Tschernobyl statt. Die Basisgruppen der GRÜNEN JUGEND Niedersachsen machten dabei in kreativen Straßenaktionen klar, dass Atomkraft keine Zukunft haben darf und warben stattdessen für eine regenerative Energieversorgung.

Hannover

Um die Katastrophe von Tschernobyl nicht in Vergessenheit geraten zu lassen und weiter auf die unberechenbaren Gefahren der Atomenergie aufmerksam zu machen, griff die GRÜNE JUGEND zu drastischen Mitteln und inszenierte eine Sterbeszene auf dem Kröpke in Hannover. In der Hauptrolle: ein gelbes Atomfass mit zwei TrägerInnen in Schutzanzügen, mit Gasmasken ausgerüstet, in den Nebenrollen viele Freiwillige der GRÜNEN JUGEND Hannover und einige Mitarbeitende von JANUN. Mit großer Vorsicht wurde das Atomfass nun über den Platz getragen und in einem plötzlichen Moment fallen gelassen. Die Sta-



Hannover: In Schutzanzügen gegen Atomkraft

tistInnen, die unauffällig verteilt in der Menge bereitstanden, stürzten wie tot zu Boden und wurden von den SchutzanzugträgerInnen weggetragen um zu einem "Leichenhaufen" aufgeschichtet zu werden. Die Wirkung war enorm. Viele Leute erschrecken sich riesig, als auf einmal Personen zusammenbrechen! Sogar der Notarzt sollte gerufen werden. Doch mittels Aufklärungsbroschüren am Stand wurden die PassantInnen wieder beruhigt. Um Sympathie mit der Gruppe zu symbolisieren, legte sich daraufhin ein besonders engagierter Passant sogar zu den restlichen Scheintoten auf den Boden. Weil die Premiere so gut gelungen war, gab es dann auch sofort noch eine Wiederholung.

Von Julia Barczak

Hameln

Auch in Hameln nahe dem AKW Grohnde sollte am 27. April 2006 die Katastrophe von Tschernobyl nicht in Vergessenheit geraten. Aus diesem Grund verteilten wir an die 200 Schokokuss-Reaktoren, um PassantInnen aufzufordern, dem Risiko ein Ende zu setzen. Bei strahlendem Sonnenschein und mit viel Infomaterial klärten wir die BürgerInnen und UrlauberrInnen auf. Die Katastrophe und deren Auswirkungen sowie die zahlreichen Alternativen zur Atomkraft waren die Themen, mit denen wir die Menschen konfrontierten, damit keineR vergisst, was passiert ist und was sich durchaus wiederholen kann, wenn wir nicht handeln.

Von Nina Piel

Oldenburg

15°C, leichte Bewölkung - scheinbar ein ganz normaler Frühlingsnachmittag in der Oldenburger Innenstadt ...aber halt, so normal

war dieser Nachmittag nicht! 20 Jahre nach der Reaktor-Katastrophe von Tschernobyl boten sieben Aktive der GJ Oldenburg, in "Strahlenschutzanzüge" eingekleidet, PassantInnen selbstgebackene "AKWs" an, mit der Forderung, sie aufzuessen und so den eigenen Beitrag zum Abschalten der AKWs zu leisten. Doch natürlich brachten wir auch unsere Informationsmaterialien unter die Leute. Wir erfuhren dabei jede Menge an Zustimmung für unser Anliegen, eine nachhaltige Energieerzeugung herzuführen.

Von Marcus Blumtritt

Lüneburg

Um an die weiter bestehende Gefahr des Reaktorunfalls in Tschernobyl zu erinnern, haben wir zusammen mit anderen UmweltaktivistInnen eine Straßenaktion durchgeführt. Anschließend verteilten wir an die meist uninteressierten, teils genervten, aber auch unwissenden BürgerInnen Flyer und informierten sie. Die Aktion machten wir insgesamt drei Mal, an dem Sonntag und Dienstag vor dem 26. April und natürlich an dem Mittwoch selber. Zum Abschluss nahmen wir schweigend am Lichterzug teil, den wir mit verschiedenen Gruppen organisiert hatten.

Von Fennja Stegmann

Gifhorn

Die GJ Gifhorn stand bereits ab 12 Uhr in der Fußgängerzone, wo sie ihr Infomaterial erfolgreich unter die Leute brachte: Viele zeigten sich interessiert und es entspannen sich spannende Diskussionen. Für Aufsehen und gelegentliche Schreie sorgten wir, als wir unsere Gasmasken und Anzüge anzogen, um besonders die SchülerInnen zu erreichen, die um 12:30 und 13:30 an uns vorbei zum ZOB strömten. Einige hatten das Thema schon in der Schule

behandelt, aber die Unwissenheit der meisten erschreckte uns doch.

Von Kevin Sanft

Braunschweig

Braunschweiger Kinder und ihre Eltern staunten nicht schlecht, als sie am 26.04.2006 den Spielplatz am Prinzenpark im Östlichen Ringgebiet besuchten: "Spielen verboten - 1986 hätte Ihr Kind hier nicht spielen dürfen" stand dort auf einem Schild im Sandkasten. AktivistInnen der hiesigen GJ hatten sich versammelt, um anlässlich des 20. Jahresstags der Tschernobyl-Katastrophe auf die Gefahr eines erneuten Super-GAU aufmerksam zu machen. Besonders die Kinder waren von der jGRÜNEN JUGEND begeistert, konnten sie doch beim Dosenwerfen auf "Miniaturatomfässer" Buttons, Luftballons und fair gehandelte Schokofußbälle gewinnen. Angetan vom Spaß ihrer Kleinen überwand auch die mitgebrachten Mütter und Väter ihre Scheu und informierten sich am Stand über Alternativen zur Kernkraft.

"Besonders Eltern ohne Begleitung waren froh über das verteilte Lesematerial und verschlangen es geradezu", berichtete Thorben Korfhage, Schatzmeister der GJ BS.

Nebenbei wurde mit Flyern und Rundmails dazu aufgerufen, am Abend

in Gedenken an die Opfer die heimischen Fensterbänke mit Kerzen zu erleuchten.

Von Laura Kroschewski und Thorben Korfhage

Stade

Mit Schoko-AKW, "Schutzanzügen", dem atomaren Dosenwerfen, Buttons und Aufklebern haben die AktivistInnen der GJ die Stader PassantInnen über das Geschehene vor 20 Jahren und über die Chancen einer Energiewende informiert. "Gerade angesichts etlicher Stimmen, die von einer Renaissance der Atomkraft schwärmen, ist es uns wichtig, dieses Thema ins Gedächtnis der Menschen zurückzubringen", sagte **Christian Hinrichs, Sprecher der GJ Stade**.

Lingen

BUND Emsland, der Landsverband von Bündnis90/DieGrünen, der Regionalverband von "Grenzenlos Grün und Sozial" sowie die ortsansässigen Grünen vom KV Emsland Süd haben mit Unterstützung der GJ Niedersachsen eine Aktion auf die Beine gestellt, die den Opfern der Katastrophe von Tschernobyl gedenken sollte. Da passte das nasse Aprilwetter gut zum traurigen Anlass! Doch trotz des schlechten Wetters war das Interesse an den



Laserprojektion an den Kühlturm in Lingen

Infoständen erstaunlich groß. Vereinzelt wurde unsere Arbeit dadurch angespornt, dass Leute behaupteten, "Tschernobyl, das war doch gar nicht so schlimm...". Um solche Lügen nicht einfach im Raum stehen zu lassen, legten wir uns richtig ins Zeug. Dabei konnten wir neben unsere Flyer auf Stellwände inklusive einer Wandzeitung sowie Fotos aus Tschernobyl verweisen. Um 19:00 Uhr schließlich begann unsere Kundgebung mit über 100 Gästen, die es sich nicht nehmen lassen wollten, ein Zeichen gegen die kommerziellen Interessen der Industrie zu setzen, die trotz der dramatischen Ereignisse von vor 20 Jahren an der Atomkraft festhalten wollen. Um den BetreiberInnen zu verdeutlichen, dass wir nichts von ihren Strategien halten, zogen wir anschließend zu den Werkstoren vom Lingener AKW II. Dort projizierten wir mittels einer Lichtkanone Botschaften an den Kühlturm: "Atomausstieg, Klimaschutz, Energiewende... JETZT!" oder, klassisch, "Atomkraft? Nein danke!", "Nein! Tschernobyl ist nicht vergessen", verwies schließlich noch auf den Anlass unserer Aktion.

Und das Beste: Wir verstießen mit unserer Maßnahme nicht gegen geltendes Recht, so dass die anwesende Polizei und der Staatsschutz nichts gegen unsere Projektion unternommen durften!

Von Tim Freese



Atomares Dosenwerfen in Braunschweig





Wo sind die Stimmen der Vernunft?



Ein Land unterzeichnet den Atomwaffensperrvertrag. Dieser besagt unter Artikel 4 eindeutig, dass dieses Land mit der Unterzeichnung das Recht hat, Atomenergie friedlich zu nutzen. Ein solches Land ist zufällig auch der Iran - daraus ergibt sich die Problematik, welche derzeit im Konflikt zwischen dem Iran und der Staatengemeinschaft (UNO) entstanden ist. Denn mit welcher Legitimation können Staaten, die selbst über gigantische atomare Arsenale verfügen, einem anderen Staat sogar die zivile Nutzung der Atomenergie untersagen?

TORBEN HENNIGS

Die Staatengemeinschaft kann aus gutem Grund nicht ausschließen, dass der Iran mehr als nur den Bau von 20 AKWs anstrebt. Zu eindeutig sind die Hinweise auf ein Interesse an nuklearer Technologie - so haben iranische Unterhändler schon 1994 in der Ukraine versucht, 600Kg waffenfähiges Uran zu erstehen. Hinzu kommt die immer wieder von der IAEA bemängelte Kooperation des Irans mit den Inspektoren der Behörde, welche zu oft durch Verschleierung auffiel. Die aggressive Rhetorik von Präsident Ahmadinejad insbesondere in Richtung Israel verstärkt die Bedenken der westlichen Diplomaten noch weiter.

Doch was sind mögliche Lösungen? Will mensch dem Iran die Nutzung der Atomenergie vollkommen verbieten, so müssen im Gegenzug eindeutige Zugeständnisse gemacht werden: Die USA müssten in jedem Fall einem Gewaltverzicht zustimmen, ihre Sanktio-

nen vollkommen aufheben und zu wirtschaftlicher und diplomatischer Zusammenarbeit bereit sein. Gleiches gilt für die EU, welche außerdem Unterstützung bei der Energieversorgung anbieten müsste. Eine derartige Lösung ist jedoch mittlerweile als sehr unwahrscheinlich zu betrachten, denn Präsident Ahmadinejad hat den Konflikt geschickt genutzt, um seine Politik im Inneren zu festigen - die zunehmend aggressiven Drohungen aus Washington haben ihm dabei in die Hände gespielt. Einen Rückzug von seiner jetzigen Position kann er sich nicht leisten, denn dazu ist die Lage im Iran zu instabil - mit 200.000 jungen Menschen, die den Iran pro Jahr aus Mangel an Perspektiven verlassen und einem stetigen Kampf zwischen Reformern und religiös-Konservativen bildet das Land ein unsicheres Pulverfass. Ahmadinejads Wahlversprechen von einer auflebenden Wirtschaft und der Bekämpfung der Korruption wurden nicht eingelöst, seine Regierung ist vor allem bei den jungen IranerInnen alles andere als beliebt - und diese sind ein entscheidender Faktor in einem Land mit einem Durchschnittsalter von 24,8 Jahren.

Weder die USA noch der Iran sind bereit, direkt miteinander zu verhandeln. Stattdessen Säbelrasseln auf beiden Seiten, die Drohungen reichen von der Vernichtung Israels bis zum Einsatz von so genannten "Mini-Nukes". Es bleibt zu hoffen, dass die deutlichen Argumente, die gegen eine Militarisierung sprechen, beide Seiten zur Vernunft bringen. Die USA wissen, dass wirklich wirksame Sanktionen nur durchzusetzen sind, wenn auch China

und vor allem Russland diese einhalten. Dennoch würde mensch sich beim Iran, der über die drittgrößten Erdöl- und die zweitgrößten Erdgasvorkommen der Welt verfügt, eher ins eigene Fleisch schneiden. Washington weiß auch um die eigenen, ausgereizten militärischen Kapazitäten und um den Einfluss des Irans im Libanon und im Irak. An einer Verschärfung des Konfliktes kann keinem gelegen sein.

Vielleicht sollte mensch sich die Empfehlungen der International Crisis Group einmal genauer anschauen. Hier werden konkrete Vorschläge gemacht, wie mensch auf diplomatischem Wege den Konflikt lösen könnte. Auch hier werden militärische Optionen ausgeschlossen - wohlgemerkt nicht etwa von ausgemachten Friedensaktivisten, sondern von Leuten wie dem CDU-Politiker Friedbert Pflüger und dem ehemaligen NATO-Generalsekretär Wesley Clark.

Es bleibt zu hoffen, dass sich Stimmen wie diese, die statt blinder Aggression auf Vernunft und Diplomatie setzen, Gehör verschaffen können. Was wir brauchen sind weder geopolitische Interessenpolitik und ein Unilateralismus à la George W. Bush noch einen durch atomares Wettrüsten destabilisierten mittleren Osten, sondern eine durch Akzeptanz der Mitgliedsstaaten gestärkte UN, welche die Arbeit am internationalen Friedensprozess in die Hand nehmen kann.



Torben Hennigs, Sprecher der GJ Peine, bestand sein mündliches Abitur in Politik mit 15 Punkten.



Millionen von Moneten investiert

Ab dieser Ausgabe wird der Landesverband GRÜNE JUGEND Hamburg im IGEL jeweils mit eigenen Seiten vertreten sein. Unsere Freundinnen und Freunde aus Hamburg werden über aktuelle Themen und Aktionen berichten, und den IGEL durch einen ganz speziellen Blick aus Hamburger Perspektive bereichern. Im Folgenden berichtet Linda Heitmann über das globalisierungskritische Straßenspiel "WTOpoly".

Anlässlich des 12. Jahrestages der Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) am Samstag, den 15.4.2006, spielte die Grüne Jugend Hamburg (GJHH) am Hamburger Mönckebergbrunnen gemeinsam mit zahlreichen OstereinkäuferInnen "WTOpoly". Auf einem 6 x 6 Meter großen, dem Spieleklassiker "Monopoly" nachempfundenen Spielfeld, wurde in diesem Rahmen von 13 bis 15 Uhr privatisiert, monopolisiert und globalisiert. Spielfiguren waren internationale Konzerne, dargestellt von Mitgliedern der GJHH sowie PassantInnen, die eine Privatisierung öffentlicher Einrichtungen der Daseinversorgung vorantrieben sowie Um-



Mascha Bussmann und Kai Wilken als Repräsentanten der WTO

weltstandards aufweichen und aushebelten. Das Ziel war dabei selbstverständlich, ohne Rücksicht auf Verluste, die absolute Gewinnmaximierung! Die WTO, verkörpert durch zwei Mitglieder der GJHH, agierte während des Spiels als lenkende Kraft, die jederzeit die Spielregeln nach ihrem Gusto bestimmen konnte. So kamen zwar zahlreiche BürgerInnen der Aufforderung nach, einmal zu würfeln, um die Aktivitäten der Konzerne zu beeinflussen. Die gewürfelte Augenzahl bestimmte am Ende jedoch die WTO. In der Glo-

balisierungsfalle am Rand des Spielfeldes saß während des Spiels Manuel Sarrazin, Mitglied im erweiterten Landesvorstand der GJHH sowie Sprecher für Internationales in der GAL-Bürgerschaftsfraktion. Er stand damit stellvertretend für all diejenigen, die sich für mehr Umweltschutz, Menschenrechte und demokratische Mitbestimmung einsetzen, bei der WTO dafür jedoch kein Gehör finden. "Die WTO stellt sich als regelnde Institution einseitig auf die Seite der Konzerne. Nur wenn sich viele starke Stimmen dagegen erheben, dass immer mehr öffentliche Einrichtungen der Daseinversorgung privatisiert und Umweltstandards sowie demokratische Prozesse umgangen werden, kann der WTO etwas entgegengesetzt werden", erläutert Kai Wilken, Landesvorsitzender der GJHH, den Hintergrund der Aktion. "Ein Spiel nach diesen Regeln ist unfair und wird keinen Bestand haben. Auf dem Spielfeld wurden sie am Ende erfolgreich außer Kraft gesetzt, in der Realität passiert dies bald hoffentlich ebenfalls!"



WTOpoly - Spielbrett am Hamburger Mönckebergbrunnen



Linda Heitmann, 23, studiert **Politologie** und ist **Pressesprecherin** der **GRÜNEN JUGEND Hamburg**.



Grundsatzprogramm der Basis

Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen schreibt ihr Grundsatzprogramm. Am Ende einer lang angelegten Seminarreihe steht als Abschluss ein Sommerkongress an auf dem das Programm beschlossen werden soll. Titel der Kampagne: "Green Identity."

Das Projekt GI startet jetzt endlich durch! Nachdem es schon seit ca. drei Jahren als Idee im Raum steht, haben wir uns im Februar mit über 20 Leuten getroffen, eine Präambel geschrieben und uns ein Kreisschema für die Themenfolge erdacht, das die Verknüpfung der einzelnen Themenbereiche und die grüne Ideologie der Nachhaltigkeit bildlich darstellen soll. Bei Green Identity geht es darum ein Grundsatzprogramm für die GJN zu finden, das sowohl als Information nach außen als auch als Positionierung nach innen dienen soll. In Zukunft kann im Grundsatzprogramm nachgeschaut werden, was für eine Meinung die GRÜNE JUGEND Niedersachsen zu bestimmten Themen hat. Wir wollen ein idealistisches Programm haben, das grundsätzliche Positionen wiedergibt,

gleichzeitig aber flexibel für Änderungen und Aktualisierungen bleibt. Die Green Identity Kampagne ist auch als Lernprozess zu sehen. So ist uns aufgefallen, dass es zu vielen Themen noch gar keine inhaltlichen Positionen gibt. Diese werden teilweise vorbereitet und teilweise vor Ort erarbeitet, denn



Brainstorming auf dem Präambel-Seminar.

bei den Seminaren schreibst und gestaltest du! Im März fand bereits unser erstes thematisches Seminar statt: Mit 10 Leuten haben wir uns mit dem Thema "Umwelt" auseinandergesetzt. Erste Ergebnisse sind bereits im Grüne Jugend Wiki zu finden. Hier sollen zukünftig alle Seminarergebnisse gesammelt werden, um von allen Mitgliedern

bearbeitet werden zu können. Neben Umwelt haben wir noch acht weitere Themen bestimmt, deren Arbeitstitel wie folgt lauten: Gesundheit, Bildung, Demokratie/Partizipation, soziale Gerechtigkeit, Globales und Gleichberechtigung. Die nächsten Seminartermine findet ihr auf den letzten Seiten des Igels.

Auf einem geplanten Sommerkongress im Jahr 2007 soll nach unserer ehrgeizigen Planung das Grundsatzprogramm verabschiedet werden. Bis dahin werden wir zu jedem Thema ein Seminar organisieren, erste Ergebnisse reflektieren und uns über rege Beteiligung im Wiki freuen. Auf gute, produktive Zusammenarbeit!

Nina Piel, politische Geschäftsführerin der GJN, 16, und

A n n -

Morla

Meyer, 17, Sprecherin der GJN, sind für die GI-Kampagne im Landesvorstand zuständig.



Walk-In bei Lidl auf der LMV

Beim ersten diesjährigen Kongress der GRÜNEN JUGEND Niedersachsen vom 24.-26. März in Oldenburg debattierten die Mitglieder über "ihre" Stadt der Zukunft, beschäftigten sich mit Konsum, wählten die IGEL-Redaktion und den neuen Landesvorstand.

WIEBKE CLARK

Am Freitag, den 28. März trafen sich die meisten Mitglieder der GJN

bereits am späten Nachmittag zum Landeskongress "Wie willst du leben?" in der Oldenburger Jugendherberge, deren verwinkelte Architektur den später Ankommenden noch Probleme bereitete, denn sie bekamen nicht mit, wo der Frühstücksraum war. Die Organisatoren des Kongress sorgten nämlich erst einmal für das leibliche Wohl der Teilnehmer. Vegetarisches Essen stimmte alle zufrieden (und wen nicht, der7die äußerte zumindest sei-

nen /ihrenUnmut nicht).

Nach der Begrüßung durch den Landesvorstand (LaVo) trafen sich parallel die IGEL-Schreibwerkstatt und die Ortsgruppen (zwecks Vernetzung), sowie Leute, die an der Funktionsweise der Homepage interessiert waren.

Als ich selber um 22.30 Uhr ankam, lief bereits der Film "The Corporation" in englischer Sprache mit deutschen Untertiteln. Sehr informativ! Deshallb



wurde er auf dem BuKo nochmal gezeigt...Niedersachsen setzt Akzente. Ein schöner Abend, den wir locker ausklingen ließen.

Am nächsten Tag stand die vom LaVo angeregte und von attac organisierte KonsuMensch-Tour durch Oldenburg an. Wir wissen nun, dass eine Jeans ziemlich viele Länder sieht, ehe sie bei New Yorker oder H&M verkauft wird. Trotz der Transportkosten ist dieses Verfahren gewinnbringend für die Konzerne, da die Näherinnen schlecht bezahlt werden und teilweise unter unzumutbaren Bedingungen arbeiten.

Eine weitere Station war der "Eine Welt"-Laden, vor dessen Eingang uns die Unterschiede in der Erlösverteilung aus Schokolade bei fair gehandelten Riegeln im Gegensatz zu herkömmlichen verdeutlicht wurden.

Die letzte Station verdeutlichte die Armutsspirale in währungsschwachen Ländern durch AnlegerInnen, die mit dem Devisenhandel Gewinn machen: Die einheimischen Banken verweigern wegen der Abwertung der eigenen Währung neue Kredite beziehungsweise fordern noch ausstehende Kredite zurück, um ihre eigenen Reserven zu decken (Jede Bank muss dauerhaft eine gewisse Menge an Bargeld bereit halten, um die Inflation zu verhindern). Damit wird der einheimischen Bevölkerung häufig jegliche die Existenzgrundlage entzogen.

Um 14 Uhr endlich starteten wir in die kreative Arbeit. Insgesamt standen vier Workshops zur Auswahl: Demografischer Wandel und Projektmanagement sowie Kommunalwahlkampf, dessen Schwerpunkt die Behandlung des Leittrags "Stadt der Zukunft" war. Zu guter Letzt referierte Peter Fanielczyk von der Gewerkschaft ver.di über die Lidl-Kampagne.

Peter hatte einige Exemplare des

zur Kampagne herausgegebenen Schwarzbuch dabei (in Anspielung auf den Lidl-Besitzer Dieter Schwarz), er erzählte von abstoßenden, diskriminierenden Gegebenheiten in einer tschechischen Filiale, in der Frauen, die ihre Periode hatten, rote Stirnbänder tragen mussten, er klärte uns darüber auf, dass die Medien aus Angst darüber, Anzeigenpartner zu verlieren, kaum über die Kampagne berichten und machte uns klar, wie menschenverachtend Lidl insgesamt und besonders beim Rauschmiss mit den eigenen MitarbeiterInnen umgeht, er sensibilisierte uns also für das Thema.

Eine angeregte Debatte entstand aus dem neugewonnen Wissen heraus, und den Überlegungen, was dagegen



GJN bei Flash-Mob-Aktion: "Lidl ist nicht zu billigen!"

getan werden kann, folgte die spontane Entscheidung, noch am selben Tag eine Aktion gegen Lidl zu starten. Mittlerweile waren auch manche TeilnehmerInnen der anderen Workshops bei uns eingetrudelt. Der Rest wurde beim Abendessen informiert, und nach der Vorbereitung eines Flyers machten ca. 50 Leute beim Walk-In des nächsten Lidl's mit: Aus allen Ecken schallten die Sünden des Lidl-Konzerns, wie zum Beispiel, "Lidl verhindert die Gründung von Betriebsräten!". Viele von uns lei-

steten in Gesprächen mit Lidl-KundInnen weitere Aufklärungsarbeit, aber manchen reichte auch das noch nicht. Sie stürmten den Laden erneut, diesmal mit einem Boykottlied auf den Lippen: "Wehrt euch! Leistet Widerstand! Kauft doch nicht bei Lidl!" Durch dieses Erfolgserlebnis hatte mich die GJN bereits bei meiner ersten Kongressteilnahme vollends für sich eingenommen!

Kaum zurück in der Jugendherberge, trafen sich auch schon die Landesarbeitskreise. Anschließend ging es weiter mit der Vorstellung der Leittrträge. Schwerpunkte lagen dabei auf den Themen "Stadt der Zukunft" und der Kommunalwahl 2006. Besonders als mögliche BürgerInnenbeteiligungsformen angesprochen wurden, bestand Gesprächsbedarf: Die Vor- und Nachteile von der Planungszelle oder des BürgerInnen- und Beteiligungshaushalts wurden beleuchtet und von Ole Hilbrich, dem Änderungsantragssteller erklärt.

Auf der bis in die Morgenstunden dauernden Party mit einer extra für den Kongress engagierten Band amüsierten sich alle sehr, einzig in die öffentliche Location, in die wir hinterher gingen, kamen manche leider nicht mehr rein.

Doch die Jüngeren waren wenigstens am nächsten Morgen fit genug, um für das Frühstück rechtzeitig aufzustehen.

Die Herbergsleute zeigten sich unerweichlich und räumten pünktlich das Essen ab. Einige waren deshalb sicherlich noch hungrig als die Versammlung begann. Wir debattierten erneut die Leittrträge, wählten einen neuen Landesvorstand und die IGEL-Redaktion.



Wiebke Clark, 20, ist Koordinatorin des IGEL und engagiert sich in der GRÜNEN JUGEND Peine.

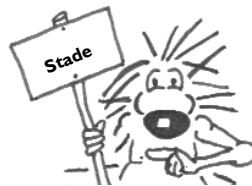


Basisgruppenticker

Wie in jeder Ausgabe präsentiert euch der IGEL an dieser Stelle jung-grüne Aktivitäten vor Ort. Wenn ihr euren Ort nicht findet, dann werdet selber aktiv und gründet eine eigene GJN-Basisgruppe. Ihr seid aktiv und nicht im IGEL? Dann sagt uns Bescheid! Eine komplette Übersicht aller Basisgruppen findet ihr unter www.gj-nds.de.



Die GJ Leer beschäftigt sich im Moment vor allem mit den Vorbereitungen auf den Kommunalwahlkampf, bei der 4 Mitglieder der GJ Leer für die Räte kandidieren, die wir dann natürlich im Wahlkampf gebührend unterstützen wollen. Am 20. Jahrestag von Tschernobyl hatten wir zusammen mit unseren Altgrünen einen Informationsstand in der Stadt. Außerdem ist immer noch eine Aktion gegen Gewalt zusammen mit den Jusos Leer geplant. www.gruene-jugend-leer.de.vu



Am 25.03 beteiligte sich die GJ Stade im Rahmen eines Jugendbündnisses gegen Rechts an einer Gegendemonstration zum NPD-Aufmarsch in unserer Stadt. Außerdem ist eine Gruppe von 7 Leuten zur Anti-Rechts-Demonstration am 1. Mai nach Rostock gefahren. Dort waren wir die einzige GRÜNE JUGEND - Gruppe, die dort Flagge zeigte. (Fotos auf Homepage) Am 26.4 gab es natürlich auch einen Tschernobyl-Infostand bei uns. Im Sommer wollen wir versuchen den Film "Die Wolke" zu zeigen um das Thema weiterhin aktuell zu halten.

Kontakt: www.gjstade.de.vu



Die GJH hat nicht geruht. Zuerst fand unsere Bildungsaktion statt, bei der wir Flyer und Buttons verteilten. Die nächste Aktion fand am 20. Tschernobyljahrestag statt: Wir spielten Polittheater und boten einen Stand mit vielen Informationen zu Tschernobyl und AKWs an. Noch in der gleichen Woche kritisierten wir die Beteiligung der Stadtwerke Hannover an dem Bau eines Kohlekraftwerkes bei Frankfurt, indem wir dem Oberbürgermeister Schmalstieg und dem Vorsitzenden der Stadtwerke auf einer Bühne auf dem Solarfest den „Orden der Gestrigkeit“ überreichten. Zudem hielten wir erneut an unserem Stand Informationen für die BesucherInnen bereit und eine Unterschriftenliste gegen die Stadtwerke-Beteiligung. Am 1. Mai waren wir auf dem Faustgelände vertreten, wo wir informierten, weitere Unterschriften gegen das Kohlekraftwerk sammelten und zudem mit unserer einmaligen Huhnbefreiungsmaschine klein und groß erfreuten. Unsere Benefizparty mit Livemusik am 5. Mai war ein voller Erfolg. Der Gewinn wurde für Tschernobylpfer gespendet. Kontakt: mail@gj-hannover.de



Die Faschos rund um die Harburger NPD und die Freien Kameradschaften halten uns im Moment ziemlich auf Trab - jedes Wochenende eine neue Naziveranstaltung. Angedacht ist dagegen z.B. ein Rocken gegen Rechts oder etwas ähnlich wirksames, denn so kann es nicht weitergehen! Außerdem setzt sich ein Teil der GJB aktiv gegen die geplante Einführung von Toilettengebühren an einem Buchholzer Gymnasium ein im Rahmen der Toiletten-Retten-Aktion (www.toiletten-retten.tk) ein. So oder so steht viel Arbeit an. Kontakt: andreasdoser1@aol.com



Die GJ Hameln-Pyrmont nahm in der letzten Zeit erfolgreich am landesweiten Aktionstag "Tschernobyl20" teil. Als Grüne Jugend am AKW - Standort Grohnde war es uns ein besonderes Anliegen, PassantInnen aufzuklären und zu informieren. Wir befinden uns nun in der Planungsphase für die kommende Zeit und würden uns über interessierte, motivierte neue Leute freuen. Kontakt: nina.piel@gj-nds.de





Die GJ Aurich, die sich im September 2005 gegründet hat, hat zuletzt zur 20. Tschernobyl-Jährgang den Film "Die Wolke" gezeigt. Des Weiteren wird sie Miro Akkermann bei der Organisation des Norderney-Wochenendes der GRÜNEN JUGEND Niedersachsen (16. bis 18. Juni) helfen. Kontakt: sylvanapannen@gmx.de



In den Osterferien waren wir auf der Berlinfahrt von Brigitte Pothmer. Unser Thema des Frühjahrs ist Globalisierung und einige werden in Zukunft auch konsumkritische Stadtführungen im Rahmen von "Konsument goes Hildesheim" mit der Projektwerkstatt Hildesheim machen. Aber wir haben festgestellt, dass wir noch mehr Mitglieder brauchen, vor allem mehr Frauen. Im Sommer werden wir die Altgrünen im Kommunalwahlkampf unterstützen und sind dazu auch im Kommunalwahlkampfsteam vertreten. Kontakt: brenndaschnapuff@hotmail.com



Am letzten Märzwochenende fand in unserem Städtchen der Kongress der GJ Niedersachsen statt (Bericht auf S.22). Natürlich beteiligten wir uns auch am 26. April am landesweiten Aktionstag gegen Atomkraft. Wir bildeten aus Keksen, Mini-Schaumküchen, Waffelröllchen und Zuckerguss täuschend echt wirkende Miniatur-AKW's nach die wir zusammen mit dem entsprechenden Infomaterial unter den Leuten verteilt. Am 28. Mai fand bei uns das dritte antirassistische Fußballturnier in Eigenregie statt, das ein voller Erfolg war. Kontakt: gj-ol@yahoo.com



Die GJ Wolfsburg hat sich aus aktuellem Anlass vor einiger Zeit mit dem Thema Karikaturenstreit befasst, und sich darauf aufbauend mit der Situation der Muslime in Wolfsburg beschäftigt. Hierbei wurden Kontakte zur Islamischen Gemeinde geknüpft, die auch in Zukunft gepflegt werden und für einen aktiven Austausch sorgen sollen.

Kontakt: danibartels@gmx.de



Die gemeinsame Demo gegen Rechts im März war trotz Schnee und Kälte mit knapp 300 TeilnehmerInnen und einer sehr positiven Resonanz in den lokalen Medien ein großer Erfolg. Danach haben wir durch den Abistress einiger Aktiver nicht gerade durch übermäßige Aktivität gegläntzt. Dies wird aber anders werden - die Website der Grünen in Peine wird von uns für den Wahlkampf komplett neu gestaltet, außerdem steht demnächst ein Vortrag von uns im "Grünen Salon" in Peine zum Thema "demographischer Wandel - Die Zukunft unseres Rentensystems" auf dem Programm. In Zusammenarbeit mit unseren FreundInnen aus Braunschweig und Gifhorn wollen wir einen kreativen Kommunalwahlkampf führen und freuen uns auf einen heißen, grünen Sommer! Kontakt: hennigs@gmail.com



Anlässlich des Braunschweiger Auftrüblings veranstaltete die GJ BS einen Fahrradfrühling, indem Sie eine Umfrage zum Thema Fahrradfreundlichkeit in Braunschweig gemacht hat. Außerdem fand zum 20-jährigen Gedenktag der Tschernobylkatastrophe Dosen werfen für Kinder auf unserem Spielplatz, Bewusstseinsbildung für die Eltern und eine weit angelegte Flyeraktion statt. Wir planen zusammen mit dem Bündnis gegen Rechts ein Stadtfest unter dem Motto "Für Buntes gegen Braunes" und mit unserem Regionalverband werden wir ein ganzes Wochenende damit verbringen, unseren junggrünen Kommunalwahlkampf vorzubereiten. Im Juni nimmt die GJ als Mannschaft am Braunschweiger Nachtlauf teil. Kontakt: www.gj-bs.de



In den letzten Monaten haben wir uns intensiv mit der Vorbereitung der Tschernobylaktion beschäftigt. Wir haben uns mit vielen anderen GJ-Gruppen vernetzt. Jetzt planen wir mit ihnen zusammen ein Straßentheater zum Thema Gentechnik. Außerdem wollen wir plakativ gehen: "Wenn die Straße uns allen gehört, wer hat dann all die Werbung erlaubt?" Es läuft also gut bei uns. Kontakt: gj-lueneburg@freenet.de



ANZEIGE

Neulich im Landtag

Informationen
der Landtagsfraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Tel. 0511/3030-4207
Email: gruene@lt.niedersachsen.de
www.gruene-niedersachsen.de



~~Geistliche, Mütter, Kinder, Flüchtlinge~~

~~Wohnung, Familien, Flüchtlinge~~
ein großes Problem dar. Für psychisch Kranke und Traumatisierte gibt es kaum Behandlungsmöglichkeiten.

Auch die Schulen sind völlig überlastet. Der Betrieb läuft dort in 2-3 Schichten, weil einfach im Kosovo viele Kinder und junge Menschen leben, für die es keine schulische Infrastruktur gibt. Wenn diese in den Arbeitsmarkt mit einer 60-70%igen Arbeitslosigkeit drängen, ist die Chance verschwindend gering einen Job zu finden. Die Lage ist äußerst kritisch und sollte nicht noch zusätzlich belastet werden. Wir werden als grüne Landtagsfraktion weiter für eine gerechte Härtefallkommission und für ein Bleiberecht auf Bundesebene kämpfen. Die Menschen, die seit Jahren in unserer Mitte leben, sei es aus dem Kosovo, aus Vietnam oder dem Kongo, sollen endlich eine sichere Zukunftsperspektive hier in Deutschland bekommen.

Filiz Polat
Grüne Abgeordnete
im Petitionsausschuss

LAK-Ticker

Im Februar dieses Jahres wurden nach langer Ruhepause wieder die Landesarbeitskreise (LAK) ins Leben gerufen. Die LAK arbeiten zu bestimmten Themen und planen dabei Aktionstage oder organisieren Seminare. Sie berichten hier nun von ihrer Arbeit und freuen sich immer, wenn neue Interessierte bei ihnen vorbeischaun!

Bildung

Der LAK Bildung plant als Reaktion auf den durch die neusten PISA-Ergebnisse bewiesenen strukturellen Rassismus unseres Bildungssystems ein Seminar zum Thema ("Migration und Bildung"), welches aber nur den Auftakt zu einer längeren, inhaltlichen Reihe "Soziale Schule" sein soll. Diese hat das Ziel einen Gegenentwurf zum selektiven Bildungssystem zu bieten, so dass Kinder und Jugendliche fit für die Zukunft gemacht werden - weniger aus ökonomischer Sicht, sondern vielmehr im Hinblick auf Informationsgesellschaft, Globalisierung und Selbstverwirklichung. Bildung ist unabhängig und hat nicht das Ziel, Humankapital aus uns zu machen!

Kontakt: Andreasdoser1@aol.com

Antirassismus

Der LAK Antirassismus hat sich seit seiner Gründung an zahlreichen Aktionen beteiligt. Der NPD Aufmarsch am 3. September 2005 in Oldenburg diente uns als Anlass, einen niedersachsenweiten Aktionstag zu starten. An diesem Aktionstag haben viele Ortsgruppen teilgenommen und auf kreativem Wege Flagge gegen Rechts gezeigt. Der theoretische Höhepunkt war ein Informationsabend mit VertreterInnen des Landesamtes für Verfassungsschutz.

Bei dieser Veranstaltung wurde ausführlich die rechte Szene in Niedersachsen beleuchtet und ein kleiner Ausblick in die Zukunft gewagt.

Bei der Veröffentlichung des IGELS werden wir eine weitere Aktion hinter uns haben, und zwar unterstützt der Landesarbeitskreis die Oldenburger GRÜNE JUGEND bei ihrem antirassistischen Fußballturnier. Weiter unterstützen wir aktiv die Proteste gegen das Abschiebelager in Bramsche/Hesepe. Vom 2.- 4 Juni veranstalten wir zusammen mit dem Fachforum Demokratie & Recht des Bundesverbandes der GRÜNE JUGEND ein Seminar zum Thema Polizeigewalt.

Kontakt: LHHM05@web.de oder stinatina@web.de

Geschlechterperspektive

Schönen guten Tag! Wir sind der LAK Geschlechterperspektiven. Wir beschäftigen uns mit Gleichberechtigungproblemen innerhalb und außerhalb der Grünen Jugend und versuchen, Konzepte zum Abbau der Barrieren zwischen den Geschlechtern zu entwickeln, um konkret etwas zu bewegen. Über Zuwachs würden wir uns natürlich freuen. Das Green-Identity-Seminar zum Thema Geschlechterperspektiven findet passend dazu vom 14.-16. Juli statt.

Kontakt: luisa.hi@web.de oder julenane@gmx.de

Globalisierung & Internationales

Was ist Globalisierung? Was sind die Folgen der Globalisierung? Wie agieren transnationale Konzerne? Kennt Ihr die Weltreise einer Jeans? Globalisierung bedeutet einerseits Weltwirtschaft, was meist nicht so sehr eine gemeinsame Wirtschaft, als vielmehr eine Über-

windung der schwachen durch die starken Volkswirtschaften bedeutet. Andererseits meint Globalisierung die Ökonomisierung der Welt und damit die Tendenz, alles zur Ware zu machen. Diese recht problematischen Entwicklungen lassen sich nur durch eine Stärkung des Fairen Handels und der Zivilgesellschaft umkehren.

Unser LAK befasst sich mit den Problemen der Globalisierung und will Missstände aufzeigen und Alternativen vorstellen. Tatkräftige Unterstützung wird gewünscht. Wer Interesse hat dabei mitzumachen, kann sich gerne bei uns melden.

Kontakt: nina.piel@gj.nds.de oder dennis.heinemeyer@gj.nds.de

Wirtschaft und Soziales

Das LAK Wirtschaft und Soziales hat seine Arbeit bisher noch nicht richtig aufgenommen. Es wird sich aber mittelfristig mit grundsätzlichen Fragen unserer Gesellschaft und unserer sozialen Sicherungssystemen beschäftigen. Dabei wird das vom Bundeskongress der GRÜNE JUGEND beschlossene Modell eines bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) im Mittelpunkt stehen. Geplant ist dazu ein Seminar in der 2. Jahreshälfte zu veranstalten, in dem wir auf Grundzüge der Wirtschaftspolitik eingehen, sodass wir das BGE mit fundiertem Wissen untermauern können und es weiter planen können.

Der LAK braucht dringend aktive Mitglieder, zumal zwei der drei LAK-SprecherInnen in den Landesvorstand als SprecherInnen gewählt worden sind und daher nicht mehr in vollem Maße für die LAK-Arbeit zur Verfügung stehen. Ihr seht also, der LAK ist ein echtes "Karriere-Sprungbrett".

Kontakt: helge.limburg@gj-nds.de oder ann-morla.meyer@gj-nds.de



Die Achter-Bande

Auf der Mitgliederversammlung in Oldenburg wurde der komplette Landesvorstand der GJN neu gewählt. Dabei trat zum ersten Mal das SprecherInnenmodell in Kraft, welches den einzelnen Mitgliedern im Vorstand bestimmte Posten und Aufgaben zuweist. Wer was macht und aus was für Personen unser Landesvorstand überhaupt besteht, erfahrt ihr hier.

Ann-Morla Meyer ist die 17-jährige Sprecherin des Landesvorstands (LaVo). Bereits mit 14 Jahren war sie schon einmal im LaVo - ehe sie 2004 nach Schweden ging, wo sie bei der dortigen "grön ungdom" mitmachte. Im vergangenen Oktober fing sie zudem mit Ballett an. Außerdem engagiert sie sich in der Mediations- und der Tu-Was-AG ihrer Schule in Lüneburg. Morla geht in die 12. Klasse. In der GJN ist sie vielfältig aktiv: So betreut sie die Ortsgruppen Celle, Buchholz und Lüneburg, ist Sprecherin des LAK Wirtschaft und Soziales und ist im LaVo zuständig für die Vernetzung mit Bündnis 90/Die Grünen, die Green Identity Kampagne und stellvertretend für die Zusammenarbeit mit dem Igel.

Helge Limburg ist der 23-jährige Sprecher der GJN. Er studiert Jura mit dem Schwerpunkt Arbeits- und Sozialrecht an der Uni Bremen, stammt aber aus Holzminden. Helge war bereits von 2002-2004 Mitglied im LaVo. Danach bereiste er Israel, Palästina und Indien. Außerdem studierte er ein Semester in der Türkei. Seine Türkischkenntnisse sind rudimentär geblieben, aber seine Begeisterung für die Türkei ist noch größer geworden. Helge unterstützt eine EU-Mitgliedschaft der Türkei "wenn die Reformen zügig weitergehen". Er will auf jeden Fall noch

häufiger in die Türkei reisen. Privat spielt er Tischtennis und Fußball und lauscht den lieblichen Klängen der Toten Hosen oder der Donots.

Die Politische Geschäftsführerin des Landesvorstands ist **Nina Piel**. Sie ist 16 Jahre alt, gebürtig aus Schleswig-Holstein und wohnt nun nahe Hameln, wo sie eines der dortigen Gymnasien besucht und sich als Sprecherin um die GJ kümmert. Ihre Aufgabengebiete



Die acht Neuen (von links nach rechts): Tanja, Alex, Marcus, Nina, Insa, Helge, Sven, Ann-Morla.

umfassen das Projekt Green Identity und den Kommunalwahlkampf im Herbst. Als Ansprechpartnerin steht sie für die Ortgruppen Hameln-Pyrmont, Nienburg, Schaumburg und Stade jederzeit zur Verfügung, ebenso für den LAK Globalisierung und Internationales.

Sven-Christian Kindler ist der neue Schatzmeister. Er ist 21 Jahre jung, angehender Betriebswirt und überzeugter Lokalpatriot aus der hannoverschen Nordstadt. Im Landesvorstand kümmert er sich um die Finanzen, den IGEL, mehrere Ortsgruppen und die Homepage. Davor war Sven von 2004-2006 in der IGEL-Redaktion aktiv. Doch er hat dem Journalismus nicht Adieu gesagt, denn seit Mai ist er

Redakteur beim SPUNK, der Zeitung des GRÜNE JUGEND Bundesverbandes, und layoutet auch weiterhin den IGEL. Neben der GRÜNEN JUGEND engagiert er sich ehrenamtlich bei den PfadfinderInnen und wandert am liebsten mit ihnen durch den Deister, den Harz oder die irische Hügellandschaft, um dann abends am Feuer in der wilden Natur zu kochen - natürlich vegan - und bis tief in die Nacht mit seinen FreundInnen zu singen.

Eine der vier Beisitzerinnen im LaVo ist **Insa Schure**. Sie ist 17 Jahre alt und Schülerin im schönen Rastede im Kreis Ammerland. Wenn sie sich nicht gerade in der hiesigen Schülervertretung engagiert, ist sie in den Ortsgruppen Rastede und Oldenburg aktiv. Im LaVo ist sie für den Nordkongress und die Planung der nächsten LMV zuständig.

Alexander Gilly ist 24 Jahre alt und studiert Politik und Geschichte in Hannover. Vor seiner Wahl in den LaVo war er lange Sprecher der GJ Hannover. Außerdem ist er aktiv im AK Globalisierung und Umwelt bei Janun e.V. und macht die globalisierungskritische Stadtführung KonsuMensch. Im LaVo übernimmt er die Planung der Herbst-LMV und betreut die Homepage. Er ist Ansprechpartner für die Ortsgruppen Braunschweig, Gifhorn, Hannover, Sehnde, Wolfsburg und Wolfenbüttel. Alex ist ein Fan von freier Software und würde am liebsten den ganzen Tag nur Musik hören und essen. Wenn ihr einen DJ braucht -Rent a Moe!

Tanja Schulte ist Beisitzerin im LaVo und 22 Jahre alt. Sie kommt aus Lingen im Emsland, wo sie auch für den Stadtrat kandidiert. Im LaVo kümmert

sie sich um den LAK Bildung und den Kommunalwahlkampf, sowie die Ortsgruppen Jever, Friesland, Norden und Aurich.

Marcus Blumtritt ist 24 Jahre alt

und studiert Öko-Wirtschaftswissenschaften in Oldenburg. Er war 2003/2004 bereits Schatzmeister im LaVo der GJN, doch dann verschlug es ihn für neun Monate nach Finnland. Seit seiner Rückkehr engagiert Marcus

sich insbesondere im LAK Antirassismus und möchte sich auch als Beisitzer im Landesvorstand verstärkt für anti-rassistische Projekte einsetzen. Neben der GJN schlägt sein Herz für den FC St. Pauli und politischen Punkrock.

Was macht eigentlich der LaVo?

Diese Frage stellt sich doch immer mal wieder der/die ein oder andere. Deshalb wollen wir euch gerne darüber auf dem laufenden halten, was der LaVo in letzter Zeit gemacht hat und in nächster Zeit plant.

Wie arbeitet der Landesvorstand überhaupt?

Grundsätzlich treffen wir uns ungefähr einmal im Monat, um Aktionen und Seminare zu planen, sowie die aktuelle Lage zu besprechen. Auf diesen sogenannten LaVoSis (Landesvorstandssitzungen) arbeiten wir dann die Dinge ab, die sich in der Zeit seit der letzten Sitzung so angesammelt haben. Natürlich wird auch dazwischen fleißig weitergearbeitet. So wird im LaVo vieles über E-Mail geregelt, wie zum Beispiel das regelmäßige Verfassen von Pressemitteilungen.

Die gesamte Öffentlichkeitsarbeit der GJN, wie z.B. die Homepage www.gj-nds.de oder die Materialerstellung, wird größtenteils vom LaVo übernommen. Das Vertreten der GJN auf Podiumsdiskussionen oder sonstigen Versammlungen und auch das Einbringen junggrüner Themen und Bedürfnisse bei LDKs, BDKs oder LaVoSis von Bündnis 90/Die Grünen ist eine Aufgabe des LaVos. So auch das Werben von PatInnen für die GRÜNE JUGEND im Rahmen der bundesweiten PatInnenkampagne.

Weiterhin versuchen wir, Kontakt zu den Basisgruppen zu halten und diese zu Aktionen zu animieren, sowie aktive Mithilfe anzubieten. Anregungen

und Ideen zu Aktionen und Kampagnen sind wichtiger Bestandteil einer guten Landesverbandsarbeit. Bringt euch ein! Wenn ihr in eurem Ort eine Aktion machen und/oder jemanden vom LaVo einladen wollt, dann sagt uns bescheid - wir kommen gerne zu euch! Wer im LaVo für die einzelnen Basigruppen zuständig ist, erfährt auf der Homepage bei unserer Vorstellung.

Was hat der Landesvorstand konkret organisiert?

Wir sind hoch motiviert gestartet. Zu den unterschiedlichsten Vorfällen, wie dem europäischen PraktikantInnentag, den Warnstreiks der IG Metall oder dem Ausgang des Energiegipfels haben wir Pressemitteilungen verfasst und klar Stellung bezogen. Zum landesweiten Aktionstag der Tschernobylkatastrophe haben wir als Landesvorstand die Postkarte "Nein zu Atomkraft" fertig gestellt, die von den Ortsgruppen in ganz Niedersachsen verteilt wurde. Außerdem haben wir uns offiziell als GJN an der Demonstration in Hannover gegen Burschenschaften beteiligt. Zahlreich nahmen wir an einer Vorstandssitzung der Grünen teil, um uns mit ihnen über den Kommunalwahlkampf zu unterhalten und die gemeinsame Koordinierung abzusprechen. Unsere Homepage halten wir stets auf dem neuesten Stand und versuchen, wie bei dem Themenspezial zum Tschernobyltag, möglichst viele Ortsgruppen mit einzubeziehen. Außerdem haben wir mit dem LAK Bildung das Green Identity Seminar zu Bildung in Lüneburg organisiert.

Was plant der Landesvorstand in Zukunft?

In nächster Zeit wird intensiv die "Green-Identity"-Kampagne fortgesetzt. Alle Infos dazu auf Seite 22. Außerdem stehen noch die Planungen der nächsten LMV, die wahrscheinlich in Hildesheim stattfinden wird, und des ersten überregionalen Nord-Kongresses im Oktober an, auf dem wir uns besonders mit dem Thema "Ökologie im Norden" auseinandersetzen wollen. Ein anderer Schwerpunkt unserer Arbeit ist der Kommunalwahlkampf mit dem Slogan "Wie willst du Leben? Mach dir deine Stadt!", zu dem wir einen Flyer gemeinsam mit den Grünen an alle ErstwählerInnen verschicken sowie Flyer zu den Themen Demokratie und selbstbestimmtes Leben sowie ÖPNV und Mobilität herausgeben wollen. Zudem wird es auf unserer Homepage einen Extra-Kommunalwahlbereich geben, in dem die Positionen des Landesverbandes und die der Ortsgruppen sowie die jungen KandidatInnen vorgestellt werden.

Wie erreicht mensch den Landesvorstand???

Die E-Mail-Adressen der LaVo-Mitglieder findet ihr auf der vorletzten Seite dieser IGEL-Ausgabe und wenn ihr mehr wissen wollt, geht auf unsere Homepage www.gj-nds.de. Habt ihr Probleme, Fragen, Aktionsideen? Sagt 's uns. Wir sind für euch da!

Auf einen stacheligen Sommer!

Euer LaVo: Nina, Insa, Morla, Alex, Insa, Tanja, Helge, Sven, Marcus.





Service machen wir mit links!

Hier habt Ihr E-Mail-Adressen und Telefonnummern von AnsprechpartnerInnen der GRÜNEN JUGEND Niedersachsen (GJN):

Landesgeschäftsstelle

Odeonstraße 4, 30159 Hannover
Tel: (05 11) 126 085 77
Fax: (05 11) 126 085 70
E-Mail: gjn@gruene-niedersachsen.de
Internetadresse: <http://www.gj-nds.de>
Bankverb.: Bank für Sozialwirtschaft
Konto: 84 31 500, BLZ: 251 205 10
Geschäftsführung: Friedericke Kämpfe

Landesvorstand GJN

Sprecherin

Ann-Morla Meyer
ann-morla.meyer@gj-nds.de

Sprecher

Helge Limburg
helge.limburg@gj-nds.de

Schatzmeister

Sven-Christian Kindler
sven-christian.kindler@gj-nds.de

Politische Geschäftsführerin

Nina Piel
nina.piel@gj-nds.de

Beisitzerin

Insa Schure
insa.schure@gj-nds.de

Beisitzer

Marcus Blumtritt
marcus.blumtritt@gj-nds.de

Beisitzerin

Tanja Schulte
tanja.schulte@gj-nds.de

Beisitzer

Alexander Gilly
alexander.gilly@gj-nds.de

IGEL-Redaktion

Wiebke Clark (Kordinatorin)
wiebke.clark@gj-nds.de

Janko Marklein (Kordinator)
janko.marklein@gj-nds.de

Dennis Heinemeyer
dennis.heinemeyer@gj-nds.de

Kea Müttel
kea.muettel@gj-nds.de

BA-Deligierte

Helge Limburg
helge.limburg@gj-nds.de

Anna Osterhus
anna.osterhus@gj-nds.de

GRÜNE JUGEND Bundesverband

Hessische Straße 10
10115 Berlin
Tel: 030/275 940-95
buero@gruene-jugend.de
www.gruene-jugend.de

GRÜNE JUGEND Bremen

Schlachte 19/20
28195 Bremen
info@gruene-jugend-bremen.de
www.gruene-jugend-bremen.de

GRÜNE JUGEND Hamburg

Curienstraße 1
20095 Hamburg
info@gruenejugendhamburg.de
www.gruenejugendhamburg.de

Bei Adressänderungen wendet euch bitte an die Landesgeschäftsstelle (siehe oben)!

Wichtige Termine, die bei Junggrüns und Altgrüns bald anstehen:

GRÜNE JUGEND

16.-18.06.2006 2. Bundesausschuss in Hannover mit WM- Aktion am Freitag

30.06.-02.07.2005 Kommunalwahlseminar Volume 2 in Verden

02.-09.07.2006 Interreligious Conference der FYEG in Lissabon

14.-16.07.2006 Green Identity Seminar Gleichberechtigung

08.-10.09.2006 Seminar Klimaerwärmung vom Fachforum Ökologie der GRÜNEN JUGEND in Köln

14.-19.09.2006 Sommerakademie der GRÜNEN JUGEND zum Thema Globalisierung

06.-08.10.2006 Nordkongress der GRÜNE JUGEND Landesverbände im Norden in Hamburg zum Thema Ökologie

21.-22.10.2006 Landeskongress der GJN in Hildesheim

Bündnis 90/Die Grünen

26.08.2006 Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Niedersachsen in Göttingen

01.-03.09.2006 Zukunftskongress von Bündnis 90/Die Grünen in Berlin

01.12.2006 Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen in Köln-Deutz

Allgemeines

14.-19.09.2006 Attac-Sommerakademie in Karlsruhe

10.09.2006 Kommunalwahl in Niedersachsen: Grün wählen!

Weitere Informationen und Kontaktadressen, auch von GRÜNE JUGEND-Gruppen in Eurer Nähe, bekommt Ihr in der Landesgeschäftsstelle oder im Internet:

www.gj-nds.de (Niedersachsen)

www.gruene-jugend.de (Bundesverb.)



Jetzt geht's um die Kommunen

Seminar vom 30.06.-02.07.2006 in Verden

Es sind nur noch wenige Monate. Im September diesen Jahres findet in Niedersachsen der Kommunalwahlkampf 2006 statt und den gibt es natürlich nicht ohne GJN. Auf dem 2. Seminar zu diesem Thema soll es nun an das Handwerkszeug für einen erfolgreichen und gelungenen Wahlkampf gehen. Wir werden herausfinden und lernen, welche Aufgaben und Probleme auf Ortsgruppen zukommen, wie mensch z.B. einen Flyer oder Pressemitteilungen zu Veranstaltungen und Themen schreibt oder Aktionen plant und ausführt, denn daran soll es schließlich nicht scheitern. Es wird ein interessantes Seminar werden, nicht nur für KandidatInnen, sondern auch für WahlkämpferInnen und natürlich alle Mitglieder der GJN.

Gleiche Rechte für alle

Das 4. GI-Seminar zum Thema Gleichberechtigung findet vom 14.-16.Juli statt

Die GRUENE JUGEND Niedersachsen schreibt im Rahmen der Green Identity Kampagne weiter für ihr Grundsatzprogramm. Dieses Seminar befasst sich mit der Gleichberechtigung auf allen Ebenen. In unserem Land leben etwa 82 Millionen Menschen verschiedener Geschlechter, davon 14 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Der Wunsch nach Gleichberechtigung wurde noch lange nicht erfüllt und es besteht dringender Handlungsbedarf. Wir wollen uns an diesem Wochenende weiterbilden, unsere Meinung niederschreiben und unseren richtigen Weg für die Zukunft finden.

Auf zum Kongress

Landesmitgliederversammlung vom 20.10.-22.10.2006

Im Herbst steht der zweite Landeskongress der GJN in Hildesheim an. An zwei Tagen werden wir in Workshops, Podiumsdiskussionen und Debatten zu diversen Anträgen inhaltlich zu einem noch festzulegenden Thema arbeiten. Auf den verschiedensten Treffen aller Art werden wir uns austauschen, Aktionen planen und die innerverbandliche Vernetzung vorantreiben. Die LAKs sind hier vertreten und natürlich wird auch der KongressIGEL wieder mit am Start sein. Alles in allem könnt ihr euch auf ein spannendes Wochenende einstellen. Also, worauf wartest du noch. Komm vorbei und mach mit.

Hinweise zur Teilnahme an Seminaren und der Mitgliederversammlung:

Meldet euch möglichst bald in der Landesgeschäftsstelle für die Veranstaltungen an! Die Teilnahmegebühr wird 15 Euro betragen und auf der Veranstaltung eingesammelt. Bahnkosten werden bis zu 50% des Normaltarifs (BahnCard 50 Preis) erstattet, Gruppentickets & ÖPNV ganz. Benzinkosten nur auf begründeten Antrag! Kostenanträge werden verteilt. Ideen für Seminare und Kongress werden immer gerne vom Landesvorstand entgegen genommen!

Impressum

Herausgeberin

GRÜNE JUGEND Niedersachsen
Odeonstraße 4
30159 Hannover
Fon: (0511) 126 085 77
Fax: (0511) 126 085 70
E-Mail: info@gj-nds.de
Web: www.gj-nds.de
Bank für Sozialwirtschaft
Konto: 84 31 500
BLZ: 251 205 10

Redaktion

Janko Marklein, Wiebke Clark, Dennis Heinemeyer, Kea Müttel

Mitarbeit

Lena Robra, Sven-Christian Kindler, Jan Philipp Albrecht, Marcus Blumtritt, Katja Weiden, Patrick Drenske, Theresa Twickler, Anja Saliger, Michael Zimmermann, Ann-Morla Meyer, Julia Barczak, Fenja Stegmann, Nina Piel, Tim Freese, Laura Kroschewski, Thorben Korfhage, Christian Hinrichs, Torben Hennings, Linda Heitmann, Annelen Meyer

Layout: Sven-Christian Kindler

Auflage: 700 Stück

Titelbild: Alexander Schwanitz

Druck: Akzent Druck Hannover

Artikel von Frauen verfasst: 52%

Copy Left: Die Texte dieser IGEL-Ausgabe stehen unter der GNU Free Document License (GNU FDL).

Anmerkung: Namentlich gekennzeichnete Artikel, besonders in den Meinungsseiten, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für den restlichen Inhalt dieser IGEL-Ausgabe ist nur die Redaktion verantwortlich.

